

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Aboabonnementpreis pro Monat inkl. Druckerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenlage „Neue Welt“ inkl. Druckerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleitzahl Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. zzgl. Versandgeb.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schenck.

Zusatzrate werden die abgesparte Zeitzeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinzelungen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Beitrag ist im vorans zu beglichen. — Zusatzrate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition ausgegeben sein. — Ausgegebene Zusatzrate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftsstelle 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Öffnungsstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Eisleben.

* Leipzig, 7. Januar.

In der Nacht zum 12. September 1892 gegen 3 Uhr wurden die Bewohner der Oberstadt in Eisleben durch eine heftige Erderschütterung aus dem Schlaf aufgeschreckt. Wenige Minuten später erbebte die Erde aufs neue. Die Wirkungen der Erschütterung wurden von Hunderten von Einwohnern deutlich empfunden. Über die Ursachen der Erschütterungen herrschte in der Bevölkerung allseitig Unklarheit. Sie mit dem Bergbau der Mansfelder Kupferschieferbauenden Gewerkschaft in Verbindung zu bringen, fiel niemand ein, denn nur die Beamten jener Gesellschaft wußten, daß die Stadt von ihrem Bauen bereits ganz unterfahren war.

Die Wirkungen der Erschütterungen zeigten sich im Winter 1892/93 an einigen Häusern der Zeisingstraße; es traten sich ständig erweiternde Risse zu Tage. Damals schon bemerkten aufmerksame Beobachter, daß die Risse in dem Mauerwerk der zwei am meisten beschädigten Häuser in der Richtung einander zuneigten. Im November 1893 haben die fortgesetzten Erderschütterungen an einem Hause bereits derartige Verheerungen angerichtet, daß auf polizeiliche Weisung das Haus geräumt werden mußte, weil den Bewohnern Lebensgefahr drohte. Von jetzt ab häuften sich die Erschütterungen, die Zahl der beschädigten Häuser wuchs schnell, der Fortschritt der Verstörungen wurde täglich bemerkbarer.

Da erfolgte am Abend des ersten Weihnachtsfeiertages eine ganz außerordentliche Erdbewegung, und das Jahr ging nicht zur Neige, ohne noch fünf weitere Erderschütterungen zu bringen. Im Jahre 1894 stieg die Zahl der Erdstöße auf mehr als 150. Auch in den beiden folgenden Jahren kehrten die Erdstöße in unregelmäßigen Zwischenräumen wieder.

Damit ist der Beweis geliefert, daß die Ursachen der Erdbewegungen fortduern, das Gebiet der Verstörungen hatte sich natürlich längst weiter ausgedehnt. Erst wurde die Klippe, dann die Brangasse und die Sangerhäuser Straße in Mitleidenschaft gezogen. Auch an der Annenkirche und den Häusern ihrer Umgebung hatten bedeutende Verstörungen Schaden angerichtet. Der Umfang der Erdbewegungen wurde recht augenscheinlich durch die Erdbebenungen, die nach amtlichen Ermittlungen in der Zeisingstraße etwa 80 Centimeter betragen. Aber nach einzelnen Andeutungen muß angenommen werden, daß die

Häuser der Zeisingstraße samt dem Straßenpflaster bereits um mehr als 2 Meter gesunken sind.

Die Aufregung unter der Bevölkerung wurde noch mehr gesteigert, als im Sommer 1894 die Verstörungen auch in den Straßen südlich von der Bösen Sieben, einem Eisleben durchziehenden Flüßchen, sich in Häuserbeschädigungen äußerten, wodurch der inzwischen aufgetauchte und durch die Folgezeit zur Gewißheit gewordene Gedanke, daß die Erdbebenungen mit dem Bergbau der Mansfelder Gewerkschaft in Zusammenhang stehen könnten, bestätigt wurde. Um so mehr, als die Leitung der Gewerkschaft bisher eben den Umstand, daß die Straßen und Häuser südlich der Bösen Sieben noch nicht in Mitleidenschaft gezogen waren, zu ihren Gunsten ausgenutzt hatte, weil, so meinte sie, wenn die Erdbebenungen eine Folge der Unterfahrung der Stadt durch den gewerkschaftlichen Bergbau, die Folgen auch in dem bis dahin verschont gebliebenen Gebiete hätten wahrgenommen werden müssen. Im Senkungsgebiete sind im ganzen elf Häuser auf obige Anordnung geräumt worden, 400 andere erlitten durch mehr oder weniger erhebliche Risse Beschädigungen.

Die benachteiligten Grundbesitzer gelangten allgemein zu der Überzeugung, daß die Ursachen der Verstörungen in dem um Eisleben betriebenen Bergbau liegen müßten. Die Beweise dafür berührten allerdings zum größten Teil auf Vermutungen, die thatächlichen Anhaltpunkte boten erst Ausführungen der Gewerkschaft selbst. Die Gewerkschaft dagegen bestreit von Anfang an und bestreitet heute noch jeden Zusammenhang der durch die Erdbebenungen entstandenen Schäden mit dem Mansfelder Bergbau. So einigten sich die geschädigten Grundbesitzer zu gemeinsamem Vorgehen auf gerichtlichem Wege gegen die Mansfelder Kupferschieferbauende Gewerkschaft, und was bei Beginn des Prozesses keineswegs feststand, das hat der Verlauf des Prozesses durch die Sachverständigen-Gutachten klar erwiesen, nämlich die Thatfrage, daß die Erdbebenungen ihren Grund haben in Schlotenbrüchen, die durch den Bergbau unmittelbar unter dem Senkungsgebiete der Stadt herbeigeführt sind. Zu ihrem Rechte sind aber die Geschädigten infolge der Schäden der Gewerkschaft und des Verhaltens der Behörden sowie der Eigenartigkeit unseres Gerichtsverfahrens noch nicht gekommen.

In einer soeben bei Hendel in Halle a. S. erschienenen Broschüre: Die Häuserzerstörungen in Eisleben nach Verlauf, Umfang und Ursache und die Stellung der Behörde zu ihnen, einem sehr instruktiven Schriftchen, hat Rector Storbeck in Eisleben das gesamte Material sorg-

fältig zusammengetragen und die Schwierigkeiten dargelegt, die den berechtigten Ansprüchen der Geschädigten im Rechtsstaat Preußen entgegenstehen. Einen Beitrag zur Rechtspflege in Preußen will der Verfasser in seiner Broschüre geben. Und es ist ein interessanter Beitrag zur Rechtspflege in Preußen, durch den offenbar wird — was wir allerdings schon längst wußten —, welche Macht das große Kapital im allgemeinen und König Leuschner im besonderen in Preußen ist. Hängt doch die ganze Stadt Eisleben wirtschaftlich von der Gewerkschaft ab! Die Verwaltung der Stadt wird geleitet nach dem Willen des freikonservativen Bergrats Leuschner. Die dominierende Stellung der Gewerkschaft kommt am deutlichsten darin zum Ausdruck, daß Herr Leuschner mehr als ein Vierteljahrhundert das Amt eines Vorsteher der Stadtverordneten bekleidet und neben ihm noch sechs gewerkschaftliche Beamte, sowie mehrere Leseranten der Gewerkschaft dem Kollegium angehören, das aus nur 21 Mitgliedern besteht.

Daraus erklärt es sich, warum der Magistrat sich nicht mehr der geschädigten Hausbesitzer annimmt, warum die schwer bedrohte Stadt an ihren Oberhäuptern so wenig Rückenhalt hat. Die Ortsprese steht vollständig unter dem Einfluß des Herrn Leuschner und ergibt sich in Vorwürfen und Drohungen gegen die von den Verstörungen schwer betroffenen kleinen Grundbesitzer.

Besonders auffallend ist das Verhalten der höheren Behörden gegenüber den Geschädigten. Als auf Veranlassung der Regierung der Oberpräsident der Provinz Sachsen, v. Pommer-Esche, eine Besichtigung des Senkungsgebietes an Ort und Stelle vornahm, gab Herr Leuschner die gewünschten Ausklärungen. Von den geschädigten Hausbesitzern war niemand von der Besichtigung in Kenntnis gesetzt worden. Zwei Schreiben an den Regierungspräsidenten v. Dies blieben unbeantwortet. Erst durch Beschwerde beim Oberpräsidenten in Magdeburg wurde die Regierung in Merseburg zu der gewünschten Auskunft veranlaßt. Das Oberbergamt in Halle, das, als es bei Gelegenheit des Enteignungsverfahrens des Gebietes des Salzigen Sees bei Oberböblingen die Interessen des Bergbaus galt, es mit der Gewerkschaft als seine Überzeugung aussprach, daß das Schwinden des Wassers im Salzigen See in der Hauptfläche als die mittelbare Folge des von der Gewerkschaft unterirdisch betriebenen Bergbaues anzusehen sei und dadurch eine große Gefahr für die Erdoberfläche herbeigeführt werde, reduzierte später, als die geschädigten Grundbesitzer sich auf den Senkungsbeschluß beriefen, ihre frühere Überzeugung auf eine Mi-

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Gefährliche Leute.

Ein sozialer Roman von Kristian Elster.

Aus dem Norwegischen übersetzt von J. G. Voestien.

Knut zündete langsam eine Zigarette an und warf sich in einen Fauteuil, welcher bei dem einen Fenster stand.

„Nun — also,“ sagte er. „Darf ich fragen — habe ich Geschwister?“

Der alte Holt versuchte zu lachen; aber es gelang ihm nicht.

„Es überrascht Dich, daß — . Ja, siehst Du — sie ist ein alter Dienstbote — man wird so familiär — .“

„Was es gut sein. Du hast das Recht, Dir Deinen Umgang zu wählen, wie ich den meinigen. Nur dies: ich will nicht in die Familie aufgenommen werden — das muß Du mir begreiflich machen.“

„Ich versichere Dich *wirklich*,“ begann Holt wieder; Knut aber unterbrach ihn:

„Läßt uns von etwas anderem sprechen,“ sagte er.

„Sag' mir — “

Der Kaffee kam, er wurde aber von einem anderen Mädchen gebracht. Katharine zeigte sich nicht mehr. Als das Mädchen fortgegangen war, sagte Knut, während er den Kaffee nippte:

„Sie versteht es, Kaffee zu bereiten — das ist respektabel.“

„Stopf Dir nun eine Pfeife, Papa, und dann magst

Du Dich in Deinem Glanze zeigen: Bereite einige der fetten Kalber der Stadt für Deinen Sohn.“

„Ha, ha, ha!“ lachte Holt und diesmal war es ein ungezwungenes Lachen. „Später sollst Du sowohl die fetten, wie die mageren bekommen. Aber erzähl zuerst Du mir von Deinen Reisen.“

Er zündete eine Pfeife an, nahm einen Stuhl und setzte sich zu dem Sohne hin:

„Erinnerst Du Dich, als Du das letzte Mal vom Auslande heim kamst? Weiß Gott, es war — es war — als ob man Darwin läse.“

„Dein Vaterherz, Papa — “

„Klein Vaterherz — nun ja — ich will es nicht leugnen — ich habe ja während aller dieser Jahre ganz allein hier gefressen — “

Er hustete und kaute heftig an der Pfeisenspitze. Knut sah zum Fenster hinaus und schwieg eine Weile.

„Ich habe nichts zu erzählen,“ sagte er dann — seine Stimme war ganz weich und milde.

„Du sprachst! Du mit Deiner lebhaften Aussprache solltest nicht — “

„Ich weiß wirklich nichts, Papa.“

Holt blieb eine Weile unruhig auf den Sohn und ließ seine klauenartig gebogenen Nägel über seine großen Bähne hin und zurückgleiten.

„Nun, so sag' mir dann wenigstens, wie das zusammenhängt: Du gedachtest ja, Dich in Lissabon niederzulassen — ?“

„Ja.“

„Du bist aber davon abgekommen?“

„Ja. — Es trat ein Umstand ein, der — — “

„Du hast Dich also plötzlich eines anderen besonnen?“

Knut sah fest auf den Vater.

„Ja, hast Du etwas davon gehört?“

Holt wurde rot. Er hatte ja alle seine portugiesischen Handelsfreunde in Bewegung gelegt, um etwas darüber zu erfahren.

„Du hast gehört, daß ich mich verheiraten wollte?“ fragte Knut weiter.

„Ja — ich kann es nicht leugnen — “

„Es ist wahr.“

„Aber — ?“

„Sie starb.“

Holt blieb teilnehmend auf den Sohn.

„Armer Junge; Du hast also Kummer. Nun versteh ich, daß Deine Laune — “

„Du irrst Dich, Papa. Ich habe ihretwegen keinen Kummer.“

Holt blieb ihn verwundert an.

„Wer war sie denn?“ fragte er nach einer Weile.

„Eine norwegische Amerikanerin von Buenos-Aires. Ich war vorausgereist nach Lissabon, um das nötige zu ordnen; das Dampfschiff, auf dem sie sich einige Monate später einschiffte, ist nicht zum Vorschein gekommen. Ich habe noch nichts über ihr Schicksal erfahren können.“

Es trat eine Pause ein. Der alte Holt fühlte sich dankbar gestimmt. Diese Amerikanerin, über die er übrigens nichts wußte und nun auch nichts weiter zu erfahren verlangte, hatte ihm so manche schlaflose Nacht verursacht. Er hatte in seinem stillen Sinne oft das fremde Weib, das ihm den Sohn zu rauben drohte, in die Tiefe des Meeres verwünscht, wo sie nun glücklicherweise lag.

Es klopfte. Auf Holt's „Herein!“ zeigte sich ein junges, rotäugiges Gesicht, das von dem prächtigsten blonden, gekräuselten Haar umgeben war, das man sehen könnte.

Knut sprang auf. „Peter! Hurra! Hurra!“ Er eilte dem Eintretenden entgegen, zog ihn in die Mitte des Zim-

mäzung. Als während des Prozesses die Kläger ein Gutachten von dem Freiherrn v. Morsey-Picard in Kassel, der vom Oktober 1888 bis dahin 1891 die staatliche Aufsicht über den Mansfelder Bergbau führte, einzufordern beantragten, wurde diesem Beamten vom Oberbergamt in Clausthal, seiner vorgesetzten Behörde, im Interesse des Dienstes die Abgabe eines Gutachtens verboten, obwohl sein Austritt aus dem Amt unmittelbar bevorstand. Erst eine Beschwerde beim Minister veranlaßte das Oberbergamt, seinen Einspruch zurückzuziehen. Und Herr v. Morsey gab nun ein Gutachten ab, das die Mängel der bisherigen Sachverständigen-Gutachten beseitigte und den Zusammenhang der Erdentnahmen mit dem gewerkschaftlichen Bergbau unzweideutig nachwies.

Die Hoffnung auf eine baldige Erledigung des bereits zwei Jahre währenden Prozesses sollte sich aber noch nicht erfüllen. Die Gewerkschaft wußte neue Einwände geltend zu machen. Und als der Vertreter unter Hinweis auf das ganz einwandfreie Gutachten den Wunsch nach einer baldigen Beendigung des Prozesses aussprach, erklärte der unwillig gewordene Vorsitzende, daß es ganz gleich sei, ob der Prozeß zehn oder zwölf Jahre währe.

So hatten bisher die Geschädigten mit allen nur erdenkbaren Schwierigkeiten um ihr Recht zu kämpfen. An der Hand des v. Morseyschen Gutachtens bleibt ihnen aber die Hoffnung, daß ihnen schließlich doch ihr Recht werden wird. Allerdings kann darüber noch viel Wasser ins Meer fließen. Denn wenn die erste Instanz entschieden hat, können noch höhere Instanzen angerufen werden. Und wenn die höchste Instanz gesprochen hat, ist immer nur erst die Ersatzpflicht der Gewerkschaft anerkannt. Dann hat jeder Geschädigte seine Ursprüche geltend zu machen, die wieder Anlaß zu neuen bundywirksamen Prozessen geben können.

Über die Ursachen und Zusammenhänge der Eisbener Katastrophe hier einzugehen, würde zu weit führen. Es sei hier nur bemerkt, daß in der Leipziger Volkszeitung schon im Jahre 1894 diese Ursachen aus sachverständiger Feder genau im Sinne des v. Morseyschen Gutachtens dargestellt wurden, daß nämlich der Einbruch der Wässer des Salzigen Sees in die Grubenbaue eine Folge des Bergbaues und durch diese Wässer ein bis dahin völlig trockenes Salz Lager unter der Stadt entblößt, d. h. dem Wasser erreichbar gemacht worden ist, wodurch Hohlräume von bedeutenden Dimensionen entstanden, deren Decken zusammengebrochen sind. Und fest steht, daß diese Hohlräume direkt unter dem gefährdeten Stadtteil liegen.

Die Gewerkschaft (übrigens ist auch die Stadtgemeinde Leipzig im Besitz von über viertausend Rügen der Mansfelder Gewerkschaft) aber erscheint durch ihre Handlungsweise gegenüber den geschädigten Grundbesitzern durch die Weigerung, die Schuld des Grubendauers an den Zerstörungen anzuerkennen, in um so eigenartigerem Lichte, als sie außerordentlich reich ist und mit Leichtigkeit einen Vergleich herbeizuführen in der Lage wäre. Hat doch die Gewerkschaft, deren Bergwerk im Jahre 1876 einen Gesamtwert von 20700000 Mark aufwies, in den letzten 20 Jahren bis 1896 über 50000000 Gewinn oder durchschnittlich 12 Prozent Dividende an die Aktionäre verteilen und dabei den gesamten Betrieb bedeutend vergrößern können! In einzelnen Jahren hat der Betrieb zwar keine Ausbente ergeben, dafür waren aber andere Jahre um so ertragreicher. So konnten in den Jahren 1888 und 1890 über 5000000 Mark, d. i. 25 Prozent der Angewerte, als Gewinn zur Verteilung kommen. 1895 wurde ein noch höherer Gewinn, nämlich 3155000 Mark, erzielt und das erste Halbjahr 1896 ergab gar bereits 2389000 Mark, so daß das lezte Jahr noch günstiger auszufallen verspricht. Und dennoch beharrt die Gewerkschaft auf ihrem streng ablehnenden Standpunkte gegenüber den Geschädigten. Das ist sehr bezeichnend.

Politische Übersicht.

Der Bund der Landwirte erklärt in den Wirtschaftspolitischen Blättern, die sich "amtliches Organ des Bundes der Landwirte" nennen, der böse Boetlicher durchkreuzt die guten Absichten der preußischen Regierung, so bei der Handwerkerfrage, so beim Wörterbuch. Da liest man:

„Legte seinen Arm um dessen Schultern und rief: „Es freut mich aufrichtig, Dein unverschämtes Gesicht wieder zu sehen! Es ist noch genau so wie damals, als ich abreiste. Man wird gesund, wenn man Dich nur ansieht!“

Der junge Mann, Buchhalter Peter Ström, schüttelte Knuts Hand und blickte ihn mit seinen treuerherzigen blauen Augen an, welche sich in diesem Augenblick mit Thränen füllten, ohne nur ein einziges verständliches Wort über die Lippen bringen zu können.

„Komm! setze Dich,“ sagte Knut und zog ihn zum Sofa hin. „Papa,“ wandte er sich zu Holt, „Deinen besten Wein für meinen besten Freund! Wir wollen jetzt einen recht lustigen Abend zusammen verbringen.“

Der alte Holt bekam es eilig. Er stürzte in die Küche hinaus und gab Befehle, die das ganze Personal in Verwunderung setzten. Hierauf eilte er hinab in den abgrundtießen Keller unter dem Hause und kam eine Weile darauf zurück mit einem ganzen Korb voll staubiger Flaschen in allen Farben und Formen. Da gab es weiße, durchsichtige Flaschen mit gelben Lack — deren Vaterland war Frankreich, da waren andere, schlank, grünliche vom Rhein, breite Champagnerflaschen mit Silberköpfen und untersextete, bei nahe schwarze Kerle vom Kap. Und während er auf und nieder eilte, murmelte er: „Gott sei Dank! Gott sei Dank! Ja, ja, er soll Wein bekommen.“ Hatte er nicht Knut in gute Laune gebracht, war nicht der müde, verdrießliche Gesichtsausdruck wie weggeblasen! — „Ja, er soll Wein bekommen, wie nicht viele dergleichen haben hier in der Stadt. Gott sei Dank!“

(Fortsetzung folgt.)

Die jetzige Machtlosigkeit der preußischen Regierung gegenüber dem Bundesrat und einzelnen Reichsdämmern schwächt daher die Stellung Preußens als leitende Macht innerhalb des deutschen Bundesstaates auf das empfindlichste und schädigt damit die Interessen der dem preußischen Hofzollernhause übertragenen Kaiserkrone. Dies mögen die preußischen Minister bedenken und endlich eine unzweideutige Stellung einnehmen. Fühlen sie sich genötigt, die freiämplerische und bürgerfreundliche Politik der Reichsregierung mitzunehmen, so mögen sie sich offen dazu bekennen. Wenn nicht, nun so werden sie doch einen kurzlebigen Ministerberuf nicht als wertvoll genug ansehen, um für ihn entgegen ihrer inneren Überzeugung das Ansehen der Krone und des Staates Preußen dauernd zu gefährden.

Da die Deutsche Tageszeitung unter Auflage steht, hat offenbar nun das „amtliche Organ“ die Ausgabe der „Ministerstürze“ übernommen.

Deutsches Reich.

Die Kabinettordre über die Offizierehrengerichte.

Die bereits in der Nummer vom Dienstag dem 5. Januar angekündigte kaiserliche Kabinettordre über die Ehrengerichte hat folgenden Wortlaut:

Ich will, daß Zweikämpfen meiner Offiziere mehr als bisher vorbeugegt wird. Die Anlässe sind oft geringfügiger Natur, Privatstreitigkeiten und Beleidigungen, bei denen ein gütlicher Ausgleich ohne Schädigung der Standesehr möglich ist.

Der Offizier muß es als Unrecht erkennen, die Ehre eines anderen anzutasten. Hat er hiergegen in Übereilung oder Erregung gefehlt, so handelt er ritterlich, wenn er an seinem Unrecht nicht festhält, sondern zu gütlichem Ausgleiche die Hand bietet. Nicht minder muß derjenige, dem eine Straftat oder Beleidigung widerfahren ist, die zur Versöhnung gebotene Hand annehmen, sowie Standesehr und gute Sitte es zulassen.

Es ist deshalb mein Wille, daß der Ehrenrat hinsichtlich bei dem Austrage von Ehrenhändeln mitwirken soll. Er hat sich dieser Pflicht mit dem gewissenhaften Bestreben zu unterziehen, einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen.

Um hierzu den Weg vorzulegen, bestimme ich in Erwägung der Einführungordre zu der Verordnung über die Ehrengerichte der Offiziere im preußischen Heere vom 2. Mai 1874 folgendes:

I. Kommen zwischen Offizieren Privatstreitigkeiten und Beleidigungen vor, die nicht absehbar auf gütlichen Wege standesgemäß beglichen werden, so sind die Beteiligten verpflichtet, unter Unterlassung aller weiteren Schritte, ihrem Ehrenrat sofort Anzeige zu machen.

II. Der Ehrenrat hat dann unter Leitung des Kommandeurb des Sachverhalts ungefähr durch mündliche oder schriftliche Verhandlungen aufzuklären und nach dem Ergebnis der Ermittlungen sowie nach Abhörung der Beteiligten schriftlich entweder

1. einen Ausgleichsvorschlag aufzustellen, oder
2. zu erklären, daß er sich nach Lage der Sache außer Stande sehe, einen Ausgleich vorzuschlagen, daß vielmehr ein ehrengerichtliches Verfahren notwendig sei, oder aber

3. festzustellen, daß die Ehre der Beteiligten für nicht berührt zuachten und deshalb weder ein Grund zur Aufstellung eines Ausgleichsvorschlags noch auch zu einem ehrengerichtlichen Verfahren vorhanden sei.

Der Ausgleichsvorschlag hat sich auch über Art und Frist der Ausführung auszusprechen.

Nach Lage des Falles ist insbesondere festzustellen, ob die Ausführung, außer vor dem Kommandeur und Ehrenrat, vor Zeugen, ob sie schriftlich zu erfolgen habe etc. Ein Ausgleich ist anzustreben, so weit es die Standesitte irgendwie zuläßt.

III. Der Beschluss des Ehrenrates (II.) bedarf der schriftlichen Bestätigung durch den Kommandeur.

Bei den Ehrengerichten von Landwehrbezirken, deren Kommandeur nicht den Rang eines Regimentskommandeuren besitzt, erfolgt die Bestätigung durch den Brigadeskommandeur, dem die Verhandlungen und der Beschluss des Ehrenrates mit einem Gutachten des Kommandeurb des Landwehrbezirks vorzulegen sind.

Der zur Bestätigung Berechtigte ist befugt:

1. den Ausgleichsvorschlag abzuändern;

2. in den Fällen zu II. 2 und 3 seinerseits einen Ausgleichsvorschlag schriftlich aufzustellen;

3. dem Ausgleichsvorschlag oder der Feststellung zu II. 3 die Bestätigung zu versagen und seinerseits die Erklärung nach II. 2 abzugeben.

IV. Den Beteiligten steht gegen den Ausgleichsvorschlag oder die Feststellung zu II. 3 binnen drei Tagen die beim Kommandeur anzubringende Berufung zu. Die Beteiligten haben sich hierzu gutachtlich zu äußern und meine Entscheidung einzuhören.

V. Durch die Ausführung des Ausgleichsvorschlags oder die Feststellung zu II. 3 findet der Streitfall selbst zwischen den Beteiligten sowie dem Offiziercorps gegenüber seine vollständige Erledigung.

Hierdurch ist indes nicht ausgeschlossen, daß ehrengerichtliche Verfahren folgen zu lassen, sofern das Verhalten eines der Beteiligten hierzu Veranlassung gegeben hat.

VI. Wird ein Ausgleichsvorschlag nicht aufgestellt oder die Erklärung zu II. 3 nicht abgegeben, so ist ungefähr nach § 27 ff. der Verordnung vom 2. Mai 1874 zu versetzen. Das gleiche hat zu geschehen, wenn der endgültig festgestellte Ausgleichsvorschlag nicht ausgeführt wird.

VII. Über einen Offizier, der unter Umgehung des Ehrenrats, oder vor endgültiger Entscheidung über den Beschluß des Ehrenrats, oder unter Nichtachtung des endgültig festgestellten Ausgleichsvorschlags, oder der Feststellung zu II. 3, oder vor meiner Entscheidung auf den ehrengerichtlichen Spruch einen anderen Offizier zum Zweikampf herausfordert, oder die Herausforderung eines anderen Offiziers zum Zweikampf annimmt, ist mir sofort zu berichten.

VIII. Ist einer der Beteiligten ein General, so bleibt die Bestimmung des Kommandeurb und der Mitglieder des Ehrenrats meiner Entscheidung vorbehalten.

Ist einer der Beteiligten ein Stabsoffizier, so ist der Ehrenrat des Ehrengerichts der Stabsoffiziere zuständig.

Im übrigen wird, wenn die Beteiligten verschlieben Ehrengerichten unterstehen, der für die Ausgleichsverhandlungen zuständige Ehrenrat durch den nächsten gemeinschaftlichen Vorgesetzten Dienstweg nach § 27 der Verordnung vom 2. Mai 1874 und, falls ein solcher nicht vorhanden ist, durch Vereinbarung der kommandierenden Generale (bzw. mit dem kommandierenden Admiral der Marine) bestimmt. Wenn nötig, ist meine Entscheidung anzurechnen.

IX. Gerät ein Offizier mit einem den Ehrengerichten nicht unterworfenen Offizier oder mit einer Civilperson in einen Ehrenhandel, so ist er — sofern nicht abschafft auf gütlichen Wege ein standesgemäßer Ausgleich stattfindet — gleichfalls zur umgehenden Anzeige an den Ehrenrat verpflichtet. Derselbe hat auch hier, so weit es die Umstände gestatten, unter Leitung des Kommandeurb auf einen Ausgleich hinzuwirken.

Neues Palais, den 1. Januar 1897. gez. Wilhelm.

Das Duell wird in dieser Kabinettordre nicht grundsätzlich verworfen, die besondere Offizierehr und ihre Unverletzlichkeit dagegen werden in ganzer Schärfe aufrecht erhalten. Die durch die Kabinettordre bedingte Entscheidung des Ehrenrates in jedem einzelnen Falle mag bei Vagabelläufen allerdings ein Duell verhindern, wird in schwierigeren Situationen aber einfach versagen.

Der Ehrenrat kann bei Streitfällen dreierlei Entscheidungen abgeben. Er kann einen Ausgleichsvorschlag feststellen, er kann

erklären, daß die Ehre der Beteiligten für nicht berührt zu erachten ist, und er kann endlich erkennen, daß er sich nach Lage der Sache außer stande sehe, einen Ausgleich vorzuschlagen, daß vielmehr ein ehrengerichtliches Verfahren notwendig sei. Durch die dritte Entscheidung geht der Ehrenrat zu verstehen, daß nach dem Ehregriff der Offiziere ein friedlich-schödlicher Ausgleich unmöglich ist, daß eine Entscheidung mit der Waffe zu erfolgen habe.

Die lokale Presse feiert in dieser Kabinettordre eine That, die einen Bruch mit den altpreußischen Überlieferungen und darum eine Versöhnung der durch die von Offizierhand verübten Blutshäfen der letzten Zeit in ihrem Innersten aufgeriegten Volksseele bedeute. Wie leicht doch das Bürgertum zu Frieden ist?

Einmal geht die vorliegende Kabinettordre nicht von der Strafbarkeit des Duells aus, sondern rechnet mit dem Weiterbestehen des Duellmutes. Anstatt daß jedem Duellanten eine energische Bestrafung in Aussicht gestellt wird, lesen wir in der Ordre, daß das Duell nach wie vor unter Offizieren geduldet werden soll. Diese Aussicht verträgt sich nicht mit dem bürgerlichen Rechte, sie konstatiert eine Ausnahmestellung für das Offiziercorps, die wir nicht scharf genug verurteilen können. Wenn das Duell für den Civilisten als ein Verbrechen gilt, so sollte in einem Rechtsstaate dasselbe Thun beim Offiziere nicht anders betrachtet werden.

Aber auch der Hoffnung, die Zahl der Duelle könnte sich infolge der Ordre vermindern, müssen wir entgegentreten. Man denkt sich nur den Ehrenrat, der aus Offizieren besteht, in Wirklichkeit. Entweder nimmt man an, daß die Offiziere bisher ihre Speziallehre rein aus Spielerei mit der Waffe verteidigt haben, oder man glaubt zu, daß die Akteure zu Duellen bisher mit dem Auge des Offiziers gemessen immer ernster Natur waren. Unter Berücksichtigung zweiten Annahme ist eine Verminderung der Duelle jedenfalls bestimmt ausgeschlossen. Die Kabinettordre schafft Eventualitäten, die nur selten eintreten, aber den Anschein erwecken könnten, es werde mit ihnen ein wirklicher Effekt erzielt. Nach der ersten Annahme aber wäre dem Offizierstande ein Zeugnis ausgestellt, das seine Duelllust auch in den Augen der Offiziere selbst noch schärfer brandmarken würde als es je durch einen Sozialdemokraten geschehen ist. Und das will jedenfalls die Kabinettordre nicht. Darum darf man aber auch glauben, daß die Zahl der Duelle, die von Offizieren selbst als bloße Spielereien betrachtet werden, bisher schon recht niedrig war.

Wir können daher keine wirksame Bekämpfung der Duelle unter den Offizieren in der Ordre erblicken. Die Kabinettordre wird viel beschrieben werden, aber ihre Wirkung scheint uns sehr geringfügig zu sein.

Es wird bleiben, wie es war: das Duell in der Armee wird als eine notwendige Einrichtung bei ernsten Ehrenhändeln noch wie vor nicht nur geduldet, sondern durch fiktive Polizeigesetzgebung gefordert werden.

Zum Schlusse aber sei darauf hingewiesen, daß die deutschen Gerichte im Namen des Königs Duellanten bestrafen, während die Ehrengerichte im Namen des obersten Kriegsherren darüber entscheiden, ob Duelle zu erlauben sind.

Des Blankenburg Ende.

Bk. In Breslau ist der Militärschriftsteller und ehemalige Chefredakteur der Schlesischen Zeitung, Oberstleutnant a. D., G. v. Blankenburg im Alter von 76 Jahren gestorben. Blankenburg gehörte von 1870—1873 dem preußischen Abgeordnetenhaus an.

Der ehemalige Redakteur der Schlesischen Zeitung, Blankenburg, der unter dem Führer der antisemitischen Bewegung in Schlesien stand, gehörte zu den Vätern der bekannten Antisemitenpolitik. Auch die Schlesische Zeitung hat er in ein konservativ-antisemitisches Fahrwasser geleitet. Als eifriger Bismarck-Vorläufer spielte Blankenburg bei der Inszenierung der bekannten „Erichstiftstürme“ eine hervorragende Rolle.

Dieser preußische Mordspatriot und Trabant des Bismarck-Vorläufers hat es aber nicht verschafft, als einer der vielen ordens- und geldlüsternen deutschen Wettelpatrioten zu marschieren, die Heinrich Bordier's berühmtes Buch: Deutschland in den Tuilerien an den Pranger gestellt hat.

Selbiger Sozialstabilität und feuriger Widersacher der „vaterlosen Nette“, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen, schweizete vor Louis Bonaparte in byzantinischer Ergebenheit. Als Kaiser Napoleon III., um in einem Plebisit eine Stütze zu finden, eine unweisenbare Veränderung der Verfassung vornahm, überredete der damalige preußische Oberstleutnant Heinrich Blankenburg ihm einen Aufschlag, den er für die Brockhaus in Leipzig erschienene Zeitung: Unsere Zeit geschrieben hatte. Dieser Aufschlag war beitittel: „Die politischen Prinzipien Napoleons III. und die Konstitution von 1852.“ In seinem Bildungsabschluß sagt Blankenburg:

„Sire! Ich bitte eure kaiserliche Majestät allerunterthänigst, in dem beifolgenden Versuch den Ausdruck aufrichtiger Bewunderung für den erhabenen Monarchen erblicken zu wollen, dem das Werk gelungen ist, Frankreich eine Konstitution zu geben, die alle Bürgerschaften der Dauer in sich trägt...“ (Breslau, 15. Januar 1870).

Dem Zusender wird der Empfang angezeigt, keine Gabe lohnte den Schmeichler. Drei Viertel Jahre später vor Napoleon der Gefangene von Sedan.

Berliner Brief.

Oberhofmeister Freiherr von Mirbach.

K Berlin, 6. Januar.

Ein Prozeß gegen die beiden antisemitischen „Schriftsteller“ Ludwig Schweinhagen, genannt Schweinhagen, und Karl Sedlacek fand heute vor dem achten Strafkammer des hiesigen Landgerichtes statt. Der ganze Prozeß wäre kaum der Erwähnung wert, wenn nicht die Beweisanträge der Angeklagten ohne weiteres abgelehnt worden wären. Daß sie abgelehnt wurden, ist das Verdienst des Oberstaatsanwaltes Drechsler, der heute zum erstenmal wieder seit dem Lützowprozeß vor Gericht plauderte.

In dem antisemitischen Generalanzeiger erschien von Schweinhagen und unter Verantwortung von Sedlacek ein Artikel mit der Überschrift: Die Judengeldsammler für die Berliner Kirchenbauten. In dem Artikel wurde von einer jüdischen Hospitiae gesprochen, die Städter unschädlich gemacht haben sollte, indem sie veranlaßte, daß reiche jüdische Bankiers das Geld für einige Berliner Kirchenbauten aufbrachten. Um Reichsbankgebäude sei

gehalten worden, in der der Geldgrundstock, den man benötigte, von den Bankjüden gezeichnet worden sei. Der Kaiser sei dieser Opfermut in so lebhaften Farben geschildert worden, daß sie ihren Oberhofmeister, den Freiherrn von Mirbach, bestimmt habe, in ihrem Namen das Werk des Kirchenbaus in die Hand zu nehmen. Seit dieser Zeit habe nun Herr von Mirbach zwischen der Börse und dem Hofe vermittelt. Außerdem sollte ein Missionstränzchen bestehen, in dem Jüdinne die erste Geige spielen, und dieses Tränzchen sei eine Art weiblicher Nebenregierung, für die das Sichtwort in den Bankpässen der Befreiungsstrafe ausgegeben worden sei. In diesem Tränzchen wisse man ganz genau, wie der Fall Rose entstanden sei. Es folgen dann noch einige Börwürfe gegen den Freiherrn von Mirbach, die sich auf die Vorgänge bei der Geldbeschaffung für die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche beziehen.

Durch diesen Artikel fühlte sich Oberhofmeister von Mirbach beleidigt, und die Klage wurde als im öffentlichen Interesse liegend von der Staatsanwaltschaft eingeleitet. Die Angeklagten haben nun heute eine Reihe Beweisanträge gestellt, für die eine große Zahl Beugen, darunter auch die Genossen Singer, Borgmann und Vogtherr, vernommen werden sollten. Oberstaatsanwalt Drescher wandte sich mit Erfolg gegen diese Beweisanträge und beantragte später gegen Schwennhagen 1 Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung und gegen Sedlaczek vier Monate Gefängnis.

Der Gerichtshof verurteilte gemäß dem Strafantrage des Oberstaatsanwalts Schwennhagen zu 1 Jahr und Sedlaczek zu 4 Monaten Gefängnis, ordnete die sofortige Verhaftung Schwennhagens an und sprach dem Freiherrn von Mirbach die Beweisfiktion zu, das Urteil im Reichsanzeiger und im Generalanzeiger zu veröffentlichen.

Jedenfalls weicht das Auftreten des Oberstaatsanwalts in diesem Prozesse stark ab von seinem Auftreten im Bülowprozesse. Die Ablehnung der Beweisanträge könnte von manchem so gedeutet werden, als ob an dem so streng verurteilten antisemitischen Geschreibsel vielleicht doch das eine oder das andere wahr sein könnte. Wahr ist unbedingt, daß zu vielen hiesigen Bauten, evangelischer Kirchen viel jüdisches Geld zugezahlt worden ist. So hat der geheime Kommerzienrat Goldberger, einer der Leiter des Ausstellungsunternehmens in Trepow, die fehlenden Mittel zur Vollendung der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche aus eigener Tasche vorgezahlt. Ob es sonderlich passend war, evangelische Kirchen aus jüdischem Gelde erbauen zu lassen, ist eine Frage, die jedenfalls zu verneinen ist.

Berlin, 7. Januar. Eine deutsch-britische Kommission in Ostafrika soll, wie Chamberlains Organ, die Birmingham Post, erfahren haben will, nach des Obersten Viebert Antritt in Ostafrika eingesetzt werden. Die Kommission soll nach dem deutschen Vorschlage die Fragen des Zwischenverkehrs und des Uebertritts australischer Einwohner von einem Gebiet auf das andere regeln. Der Fall Said Khalid, des „Usurpatord“ von Sansibar, soll ausgeschlossen bleiben.

Da die Ernennung Hwang-Tsun-Schiens zum chinesischen Gesandten in Berlin von der deutschen Regierung beansprucht worden ist, wird der gegenwärtige chinesische Gesandte für Deutschland und Russland, Shu-King-Chen, im Posten des chinesischen Gesandten für Deutschland allein belassen werden. —

Die Militärstrapsprozeßreform kommt im Bundesrat nicht vom Tisch. Obgleich die Vorlage an den Bundesrat schon Ende Oktober gelangt ist, haben die zuständigen drei Ausschüsse, der Militär-, der Marine- und der Justizausschuß bis jetzt, wie die Nationalztg. meldet, ihre Beratungen noch nicht einmal begonnen. Es ist nicht einmal sicher, ob schon die Institutionen der Regierungen für ihre Bevollmächtigten eingetroffen sind. Soll etwa die neue Kabinettordnung über diesen Schiedengang trösten? —

Die Konversionsvorlage ist dem Bundesrat zugegangen. Es handelt sich um eine dem preußischen Vorgeben analoge Maßregel zur Konvertierung der 4 prozentigen Reichsanleihen in 3½ prozentige. —

Für die Verhandlungen der Kommission für Arbeiterstatistik, die bekanntlich am 9. d. M. ihre Sitzungen wieder aufnimmt, ist im Reichsamt des Innern eine Denkschrift über die Ergebnisse der Wäsche- und Leinen-Konfektion ausgearbeitet und den Mitgliedern der Kommission zugestellt worden. —

Nach der Denkschrift zur Begründung des preußischen Gesetzentwurfes, betr. die Regelung der Richtergehälter, wird der Berliner Korrespondenz zufolge für die Senatsräte deutet bei den Oberlandesgerichten, die Landesgerichtspräsidenten und die Oberstaatsanwälte ein Gehalt von 7500, in 12 Jahren bis 11000 M. steigend, vorgesehen. Die dreijährigen Bulogen betragen dreimal 900 und einmal 800 M. für die Oberlandesgerichtsräte, die Landesgerichtsdirektoren, die ersten Staatsanwälte beginnt das Gehalt mit 5400 M. und steigt mittels dreier Bulogen & 600 M. in 9 Jahren auf 7200 M. Für die Land- und Amtsrichter, sowie Staatsanwälte sind Gehälter von 8000 bis 6300 M. vorgesehen, nämlich 8 Jahresklassen von 3000, 3500, 4000, 4400, 4900, 5300, 5800 und 6300 M., deren jede rund 500 Beamte umfaßt. Der durch die Vorlage erforderliche Mehrbetrag wird für die erste Kategorie auf 89900, für die zweite auf 33300, für die dritte auf 1949400, zusammen auf 236800 M. berechnet. —

Die Kabinettordre gegen den Zweikampf ist, wie unsere Zeiter wissen, zuerst in der Kölnischen Zeitung und Kölnischen Volkszeitung veröffentlicht worden. Der Reichsanzeiger hatte bis zum 5. Januar diesen Erlaß noch nicht veröffentlicht, ebenso wenig das Urmeverordnungsblatt!!! Erst am 6. Januar abends veröffentlicht der Reichsanzeiger den Text der Kabinettordre. —

Infolge des Prozesses Deckert-Bülow hat der Vorstand des Vereins Berliner Rechtsanwälte das Polizeipräsidium zu Berlin erachtet, allen Schriftstellern und Journalisten, deren Namen auf Quittungen über Geldsummen, die sie von der Berliner politischen Polizei empfangen hätten, verzeichnet wären, von dem Inhalt dieser Quittungen in angemessener Weise Kenntnis zu geben, um die durch die Verhandlungen des Prozesses Deckert-Bülow zur Erreichung getretene Befürchtung zu beseitigen, daß gleich dem Namen des Herrn Kutschuk auch die Namen anderer Schriftsteller und Journalisten bewußt oder außfällig (als Scheinnamen) genutzt werden. Darauf hatte das Polizeipräsidium geantwortet, daß derartige Quittungen beim Polizeipräsidium nicht vorhanden seien. Auf ein nochmaliges Besuch hat das Polizeipräsidium denselben Bescheid erstellt und abgelehnt, die tatsächlichen Feststellungen mitzuteilen, auf denen der Bescheid beruht. —

Der Polizeioffizier Normann-Schumann hatte bekanntlich in einer dem Augsburger Vaterl. überlieferten Veröffentlichung, die wir wiedergeben, behauptet, daß er vor einem „sozialistischen Abgeordnetengericht“ bewiesen habe, daß seine „amtliche Qualität“ (als Angekommener der Polizei) jedermann, mit dem er damals in Verbindung kam, durchaus bekannt sein müsse. Daraufhin habe der Vorwärts auch darauf verzichtet, ihn mit sogenannten Vertrauensmännern in einen Topf zu werfen. Auf diese Erklärung des Herrn Normann-Schumann erfolgt jetzt im Vorwärts folgende Abwertung: „Wir haben hierzu zu bemerken, daß vor einigen Jahren auf Ansuchen Schumanns, den der Vorwärts auf Grund vom Auslande erhaltenen Berichte als Doktspiegel brandmarkte, eine Unterredung in der Privatwohnung Viebnecks stattfand, bei welcher auf dessen Einladung Singer anwesend war. In dieser Unterredung versuchte Normann-Schumann den Nachweis zu führen, daß seine politisch-polizeiliche Tätigkeit sich nicht gegen den Vorwärts und die Sozialdemokratie gerichtet habe. Von diesen Mitteilungen nahmen die beiden Abgeordneten Kenntnis, ohne ein Urteil über Normann-Schumann zu formulieren. Hierzu lag weiter formell ein Grund vor noch fanden sich unsere Genossen veranlaßt, eine Ansicht über die moralische Qualität des Herrn zu äußern. Die in den letzten Seiten der „Verichtigung“ behauptete Wirkung jener Unterredung besteht nur in der Phantasie des Verfassigers.“

Einer Meldung des Reichsboten zufolge hat eine antisemitische Broschüre, die seiner Zeit über den Buschhoffprozeß in der Wetterländer Verlagsanstalt Das Volk erschienen ist, zum Verfasser — Herr Normann-Schumann. —

Woher hatte Tausch die ungewöhnlichen Geldmittel gehabt, mit denen er zeitweise arbeite? So fragt der Berliner Korrespondent des Hann. Kurier. „Gerade diesem Punkte u. a. dürfte die Untersuchung ihr Hauptaugenmerk zuwenden. Die chronischen Finanzlosamkeiten des Herrn v. Tausch sollen zeitweise einem erstaunlichen Überfluss an Geld Platz gemacht haben.“

Normann-Schumann, von allen Mitgliedern dieser Clique der Gewandte und Altklug, hat sich schließlich ein Vermögen erspart; bei Herrn v. Tausch dagegen kam das Sprichwort: Wie gewonnen, so zerronnen stets zur vollsten Geltung. Zweifellos werden sich die Nachforschungen auch auf den finanziellen Teil der Tätigkeit der Herren v. Tausch und Normann-Schumann zu erstrecken haben. Die Kardinalfrage im Broach Tausch wird zu lauten haben: Woher hatte er die Mittel, die ihm und seinen Kreaturen ihre Tätigkeit ermöglichten? Es wäre nicht zu verwundern, wenn über diesen Punkt noch die überraschendsten Entdeckungen gemacht würden, die den „Fall Tausch“ aus dem Reiche der hohen Politik einfach in den „Vitalval“ versetzen könnten.“ Woher? So lange der Welfenfonds zur Verfügung stand, war stets „Geld in Baulen“. Und später gab es eben „andere Quellen.“ —

In einer früheren Wohnung des Herrn v. Bülow hat neuerdings wieder eine Haussuchung stattgefunden. Unter den aufgefundenen Schriftstücken hätten sich auch Briefe des Herrn v. Tausch an Bülow gefunden, aus denen hervorgehe, daß der letztere von Herrn v. Tausch auch zur Inspiration politischer Urteile gebraucht worden sei. Herr v. Tausch hat das bekanntlich ehrlich bestritten. So melden Berliner Blätter. —

Wie den Berliner Neuesten Nachrichten aus Kiel gemeldet wird, wird der frühere Minister v. Kölle als künftiger Oberpräsident von Schleswig-Holstein genannt. Heißt —

In Sachen der Simon Vladischen Erbschaftsangelegenheit erkannte das Kammergericht, daß aus dem Nachlass an die Schwester des Blad 79808 M. neben Binsen zu zahlen seien. Ein weiterer Betrag von 10808 M. hängt von der Leistung eines Eides der Eltern ab. —

Eine liberal-kapitalistische Versammlung der Handels- und Gewerbetreibenden gegen die Berliner Polizeiverordnung über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage vom 16. Oktober 1896 hat am 5. d. M. stattgefunden. Sie erklärte, daß „diese Verordnung 1. infolge ihrer mehrfachen inneren Widersprüche und Unklarheiten zu unnötigen Belästigungen und unverdienten Bestrafungen der Bürger Anlaß giebt, 2. in schwerer und ungerechtfertigter Weise eingreift in die Rechte des einzelnen und des Hauses, 3. statt Frömmigkeit und wahre Religiosität zu fördern, vielmehr geeignet ist, Hetzelei und Demagogie zu grosszuziehen, 4. zahlreiche Gewerbetreibende schwer schädigt und in grossem Umfange Unzufriedenheit erzeugt. Die Versammlung richtet deshalb an die Behörden der Stadt und des Staates das ergebnste Eruchen, die sofortige Aufhebung der Verordnung herbeizuführen.“ —

Bei den diesjährigen Kaisermonaten soll, wie ein Berliner Blatt meldet, sich die optische Telegraphie sehr gut beim Melde- und Nachrichtendienst und der Befehlsüberbringung bewährt haben. Diese fand mittels rot und weißer Signalflaggen statt, mit denen das Deutsche Zeichenalphabet von ihren Trägern geschrieben wurde. Bis zu Entfernungen von einer Meile und darüber hinaus gelangte der Apparat, durch mehrere Signalstationen benutzt, zur erfolgreichen Verwendung und arbeitete weit rascher als die Meldeposten und die Radfahrer. Immerhin vermugt er nur ein gelegentliches Hilfsmittel zu bleiben, da seine Verwendung bei trübem Wetter und sehr bedecktem Gelände ausgeschlossen ist. —

Immer wieder Accorde tönen von der Harfe der Deutschen Tageszeitung. Das Blätterblatt heißtt die polizeiliche Ausbreitung der Produktenbörse aus dem Privaltalal, wo sie sich zum Abschluß ihrer Geschäfte jetzt versammeln. „Oertel, sag's mir ehrlich, ist's denn so gefährlich?“ Der Börsenstreit soll im Reichstage und Landtag, so kündigt das Agrarblatt an, „entsprechend beleuchtet“ werden. Abwechslung ergibt: erst der Hamburger Hafenarbeiterstand, jetzt der Streit der Produktenbörse . . . In die gleiche Kerbe haut natürlich die Kreuzzeitung. —

Eine Wirkung des Terminverbotes. In der großen holländischen Handelsstadt Rotterdam ist Terminhandel in Getreide eingeführt worden seit dem 9. September 1896 mit Stillsicht auf das in Deutschland ergangene Verbot. Die seit dem 9. September in Rotterdam abgewickelten Umsätze in Rogen werden auf 2000 bis 2500 Last (zu 2100 Kilo) geschätzt.

Die Handelskammer in Erfurt beschloß, eine Petition an den Reichstag wegen Herabsetzung der Fernsprechgebühren zu richten.

Auf die Adresse zum Jahreswechsel hat der Kaiser dem Magistrat ein Antwortschreiben gesandt. Der Kaiser spricht dem Magistrat seinen „wärtesten Dank“ aus für die treuen Segenswünsche“. Dann heißt es: „Wie ich an der forschreitenden Entwicklung und Fortschreibung der Reichshauptstadt allzeit den lebhaftesten Anteil nehme, so freue ich mich mit dem Magistrat besonders über die herrliche und hohe Zierde, welche in diesem Jahre der Stadt Berlin durch das Standbild

meines hochseligen Herrn Großvaters, des Kaisers Wilhelm des Großen Majestät, zu teil werden wird. Möge dies Denkmal, welches das mit Gottes Hilfe durch ihn neugegründete deutsche Volk in pietätvoller Danckbarkeit und treuer Liebe errichtet, die Berliner Bürgerschaft stets gewahren, sich würdig der großen Segnungen zu erweisen, welche Gott der Herr durch den Verewigten unserem Vaterlande hat angebieten lassen.“

Zu den „großen Segnungen“ des Wilhelmischen Zeitalters gehörten Schuhzollgesetzgebung, Sozialistengesetz, Kulturmärsch und Putzklameri.

Breslau, 6. Januar. Zu der heutigen sehr zahlreich besuchten Versammlung schlesischer Getreidehändler und Müller wurde von einem Beschlus, der Breslauer Produktenbörse fernzubleiben, Abstand genommen. Es wurde aber der Sympathie für das Vorgehen anderer Produktenbörsen Ausdruck gegeben. Man erklärte die Bestimmungen des Börsengesetzes und der Ausführungsvorschriften, soweit sie ein Missbrauen und einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Börsen enthielten, als eine schwere Beeinträchtigung und Kränkung des deutschen Getreidehändlers.

Zu Gleiwitz (Obersch.) dagegen hat sich die Produktenbörse aufgelöst. Eine freie Vereinigung ist damit organisiert worden.

München, 6. Januar. Die Allgemeine Zeitung meldet, daß ein im Vorarl. dem kaiserlichen gleicher Erlass des Prinzregenten vom 1. Januar 1897 die neuen Bestimmungen über die militärischen Ehrenränge auch für das bayerische Heer vom gleichen Zeitpunkt an in Kraft setzt.

Österreich-Ungarn.

Polizei und Arbeitslose.

Prag, 6. Januar. Offiziös wird gemeldet: Wegen des Verbots der Versammlungen Arbeitsloser fanden vor dem Rathaus und dem Polizeigebäude Versammlungen Arbeitsloser statt, die der Aufruf der Polizei, aneinander zu gehen, „Widerstand“ entgegensehen. Vor dem Rathaus wurde nach der Polizei mit Steinen geworfen, so daß (1) sie mit blanke Waffe einschritt. Eine Person wurde verwundet. Aus der Menge erklangen Hochrufe auf die „Anarchie“, wegen deren vier Personen verhaftet wurden; bei einem Individuum fand man einen 18 Centimeter langen, scharf geschliffenen Dolch. (Hul) Ein Wachmann erlitt eine Verletzung.

Frankreich.

Interpellation über den Doumer-Schand. — Eine Wahlregelung an der Hochschule. — Der diskursive Consul. — Eine Enthaltung in Krawall vor der spanischen Botschaft.

Der sozialistische Abgeordnete Carnaud wird den Minister der Kolonien nach dem Wiederzusammentritt der Kammer über die Ernennung Doumers zum Generalstaatssekretär von Indochina interpellieren.

Das Schachgeschäft, das das konservative Ministerium Möllé mit dem radikalen „Führer“ geschlossen hat (Herr Doumer hat sein 9000 Franken-Einkommen, das er als Deputierter bezieht, mit einem Gehalb von 135 000 Franken vertauscht), wird bei dieser Gelegenheit hell beleuchtet werden. Unser Pariser Bruderblatt, der Sozialist, sagt mit zäher Schärfe: „Über das, was vom Radikalismus übrig bleibt, kann man nur schreiben: Allgemeine Liquidation. Zu verkauen. Verschiedene Preise.“

Zu den Kandidaten der sozialistischen Arbeiterpartei bei den letzten Senatswahlen gehörte auch der bekannte Professor der Zoologie an der Pariser Hochschule, der Sorbonne, Herr Giard. Der Unterrichtsminister Nambaud hat nun Giard aufgefordert, wegen dieser Kandidatur von seinem Amt als Hochschullehrer zurückzutreten.

Was der preußischen Reaktion im Halle Arons nicht gelungen ist, wird es dem französischen Unterrichtsminister gelingen? Oder werden die Akademiker von der Sorbonne gefügiger sein gegen S. Nambaud, als die philosophische Fakultät der Berliner Universität gegen S. Exzellenz Bosse?

Wie verlautet, will der bei den Senatswahlen unterlegene frühere Minister Constan sich um das Deputiertenmandat für St. Gaudens im Departement Haute Garonne bewerben. Sicherlich bringt ihm, dem Wahlführer, auch diese Kandidatur zu.

Der berühmte Chemiker Berthelot, der 1896 kurze Zeit im Ministerium Bourgeois das Portefeuille des Auswärtigen innegehabt hat, plaudert in einer Auseinandersetzung mit Herrn Opern aus Blois, dem Pariser Korrespondenten der Londoner Times, eine für das heutige französische System charakteristische Geschichte aus. Es ergibt sich daraus, daß er als französischer Minister des Auswärtigen eine amtliche Kundgebung an die Volksvertretung seines Landes vor ihrer Verlelung in der Kammer dem russischen Minister des Auswärtigen zur Genehmigung vorlegte!!!!

Am 6. d. W. hat eine Anarchistenversammlung gegen die spanischen Greuel auf Cuba demonstriert; vor dem spanischen Botschaftspalais wurde dann eine Rosenmusik veranstaltet. Eingangs hat Polizeiminister Barhou acht spanische und italienische Anarchisten ausgewiesen.

Großbritannien.

Die Ausweisung Ben Tilletts.

Der Londoner Daily Chronicle meldet, daß Proklamation Lord Salisburys an die belgische Regierung wegen der Ausweisung des englischen Doctorführers Ben Tilletts habe bei der Regierung in Brüssel keinen „guten Eindruck“ gemacht. Der belgische Justizminister habe in seiner Antwort darauf hingestellt, daß im Jahre 1887 ein Deutscher, Namens Taxis, zwei Prozesse in London verloren habe, die er in einem ähnlichen Falle gegen die belgischen Behörden angestrengt hätte. Unter diesen Umständen habe Salisbury seine Klage zurückgezogen.

Niederlande.

Barisches!

Nieuw, 6. Januar. Im Universitätsgebäude erschien während der Vorlesung in einem der Hörsäle der General Novikoff mit Gendarmen und forderte den Professor auf, seinen Vortrag abzubrechen, da infolge einer Anzeige eine Durchsuchung vorgenommen werden müsse. Der Einband des Professors, daß im Universitätsgebäude die Gendarmerie ohne die Zustimmung der akademischen Behörden zu seiner Amtshandlung berechtigt sei, blieb erfolglos. Bei der Visitation wurden dann das Manifest der Moskauer Studenten, die Proklamation des Arbeitsbundes und Broschüren sozialistischen Inhalts gefunden. Der General verfügte infolgedessen die Verhaftung zahlreicher Studenten.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Hierzu eine Beilage.

Graveure und Ciseleure.

Sonnabend den 9. Januar abends 1/2,9 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Goldenen Ring, Nikolaistraße 31.

Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten vom Kongreß.
2. Diskussion hierzu. 3. Neuwahl der Preskommision. 4. Gewerkschaftliches.

Bitte alle Kollegen zu erscheinen.

[169]

D. B.

Achtung, Former!

Sonntag den 10. Januar vormittags 1/2,11 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Coburger Hof, Windmühlenstraße 11.

Tagesordnung: 1. Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation und wie wendet man sie richtig an? 2. Diskussion hierzu. 3. Fortsetzung der Diskussion aus letzter Versammlung. Referent: Kollege Schwartz aus Lübeck.

Kollegen, agtiert, daß die Versammlung zahlreich besucht wird.

[149] Der Einberufer.

Holzhausen.

Sonntag den 10. Januar nachm. 4 Uhr

Oeffentliche Einwohner-Versammlung.

in Hahns Restaurant.

Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen eines Gemeinde-Vereins. Referent: Paul Ehrengold aus Leipzig. 2. Freie Aussprache hierüber und Entgeg.

3. Einwige Wahl des vorläufigen Vorstandes eines Gemeindlichen Vereins.

Zu allerhöherer Beteiligung lädt ein

Der Einberufer.

Holzarbeiter.

Sonnabend den 23. Januar

Winter-Vergnügen

in sämtlichen Räumen des Felsenkellers, I. Plagwitz bestehend in Konzert, Gesangsaufführungen und Ball.

Programme sind zu haben: Coburger Hof, Windmühlenstr., Bertha Röber, Markthallenstraße, Restaurant Morgenröte, Hauptmannstraße, Restaurant Kameran, I. Plagwitz, Felsenkeller, Plagwitz, Nachthall, I. Görlitz, Cigarren Geschäft Bonfig, Wurzener Str., Barbersgeschäft Claus, Seeburgstr. [144]

Geehrten Gewerkschaften u. Vereinen

empfiehlt meine stets sauberen Räume zu Versammlungen und Festlichkeiten.

Euerkant gute Biere und große Auswahl in Speisen.

Bürgerlichen Mittagstisch inkl. Suppe 40 Pf.

In Achtung W. Spiess.

Restaurant O. Schindler Kräftiger Mittagstisch bei uns. Unterhaltung zu 50 Pf.

Sternwartstraße 18. inkl. Bier. Täglich Freikonzert von vorm. 11 Uhr ab.

L.-Plagwitz, Restaurant und Café National, Karl Heine-Strasse 71.

Halte meine Lokalitäten sowie Vereinszimmer bestens empfohlen. Verschiedene Loges liegen aus, darunter Vorwärts, tschech. Rosenkranz u. St. Peter. Vereine u. Spellen v. bekannt. Güte. Sonntags früh Spektakeln. Achtungsvoll Karl Müller.

Freitag und Sonntag [142]

Pantheon. Große Ballmusik.

Speisen u. Getränke in bekannter Güte.

Ergebnis lädt ein Robert Mühlner.

Marienbad

Leipzig-Neuschönfeld Eisenbahnstraße Nr. 66. Konradstraße 25.

Schwimmbecken 20°

6 bis abends 8 Uhr geöffnet. [3858]

Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung.

G. Heinrich.

Soeben erschien im Verlag des Vorwärts, Berlin, und ist bei uns vorrätig:

Die politische Polizei in Preußen.

Bericht über die Verhandlungen im Prozeß Ledert—v. Lützow—v. Tausch.

Nach stenographischen Aufnahmen. Mit Einleitung und Anhang.

96 Seiten Groß-Oktav. Preis 25 Pf. Porto 5 Pf.

Die Verhandlungen dieses hochwichtigen Prozesses sind von dauerndem Interesse; durch Belebung des Anhanges, in welchem die fälschlich dem Auswärtigen Amt zugeschriebenen Artikel der Kölnischen Zeitung, Münchener Neuesten Nachrichten u. s. w. gegen die "Unverantwortlichen" im Vorlaute zum Abdruck gebracht sind, ist der Wert der Schrift noch erhöht worden.

Kleider-Fabrik

für Herren- und Knaben-Garderobe

Leipzig, Reichsstr. 47 W. Palm Leipzig, Reichsstr. 47.

Auszug aus dem Preis-Courant: [788]

Dauerhafte Arbeitshosen v. 1.30.— an Eleg. Kammg.-Chev.-Anz. f. H. v. 20.— an

Stoffhosen für Herren 2.70 " " 2-reihige Jackets in Stoff 5.— " "

Eleg. Herren-Hosen in Stoff 4.50 " " Sommer-Jackets 1.25 " "

Westen 1.40 " " 2-reih. Knab.-Anzüge i. Stoff 2.50 " "

Herren-Anzüge in Stoff 9.50 " " Somm.-Norm.-Schul-Anzüge 2.85 " "

Eleg. Herren-Cheviot-Anzüge 3.95 " " Elegante Knaben-Anzüge 2.95 " "

In Stoff, 2-reihig 13.— b. 13.25 " " Knaben-Cheviot-Anzüge 2.95 " "

Die größte und billigste Bezugsquelle für Möbel, Spiegel und

Polsterwaren eigener Fabrik ist die

Lindenauer Möbel-Halle von Eduard Walther

Merseburger Strasse 48, Hof part., 1. und 2. Etage.

Muster-Zimmer zur gefälligen Ansicht.

Transport frei.

Verantwortlicher Verleger: Dr. Albert Südlum in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Kinetograph

Brühl 71 (blauer Harnisch).

Neues Programm.

Phonograph gratis.

Eintritt 30 Pf. Kinder 20 Pf.

[169]

D. B.

[169]

Beilage zu Nr. 4 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag den 7. Januar 1897.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Bulgarien.

Ein Brief Stambulow's.

Der Kölnerische Zeitung wird aus Sofia der Wortlaut eines bisher nicht veröffentlichten Briefes mitgeteilt, den Stambulow am 29. Juni a. St., also 10 Tage vor seiner Ermordung, an den Fürsten Ferdinand nach Karlsbad gerichtet, und in dem er den Fürsten gebeten hat, dafür einzutreten, daß ihm der gewünschte Auslandspaß erteilt werde. In dem Briefe gibt Stambulow eine Darstellung der Verhältnisse und der Lage, in der er sich nach seinem Rücktritt in Sofia befindet, und schließt folgendermaßen: „Ich würde mich nicht entschließen, Ew. Königl. Hoheit mit meinen Beschwerden zu belästigen, wenn ich von anderer Seite Genehmigung erhalten könnte. Da ich indessen von Ihren Ministern verfolgt werde, so wende ich mich um Schutz und Gerechtigkeit an ihren Führern und höchsten Vorgesetzten.“ Die Kölnerische Zeitung bemerkt hierzu, auf diesen Brief habe Stambulow seine Antwort erhalten.

Stambulow, der Gewaltmensch, der vor nichts zurückshaut, hat, als er gestürzt war, gernet was er gesetzt hatte.

Südafrikanische Republik.

Dom Paul. — Rhodes' Triumphkreuz.

Nach einer Meldung der Times aus Johannesburg brachte Präsident Krüger am Montage auf Beifragen seinen größten Unwillen über den Rhodes zu teil gewordenen Empfang aus und erklärte, er sei bestrebt gewesen, eine wohlwollende Belebung zwischen den Engländern und den Büren zu erreichen. Dies sei aber durch Rhodes zu nichts gemacht worden, dessen Geld, Leute und Gewehre die ganze Verwirrung veranlaßt hätten.

Kapstadt, 5. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Rhodes, der heute nach England abreist, gab heute abend ein großes Abschiedsessen.

Cecil Rhodes sagte in seiner Abschreibe, er habe die Kreise nach Europa nicht von Beira aus angekommen, weil er beschlossen habe, seine Adoptivheimat wieder zu besuchen. Er befürchtet, daß er zu Kundgebungen aufgemuntert habe; er könne nicht verhindern, daß die Leute ihn beglücken. Ausdehnung sei nötig; man solle so viel von der Welt in Besitz nehmen, als möglich sei. Sein unangefochtene Beitreten sei, in Besitz zu bekommen, was von Afrika und in Afrika noch übrig sei, und da England hierzu nicht helfen könne, sei der einzige mögliche Weg gewesen, die Chartered Company (die den Einfall in Transvaal gemacht hat) zu bilden, denn die Mächte planten das Land in Besitz zu nehmen. Ein ehrliches „Straßenräuber“-Bekenntnis.

In Wellington nahm gestern eine von zweihundert hervorragenden Afrikanern besuchte Versammlung einen Beschlußantrag an, inhaltlich dessen die Kundgebungen für Rhodes gemäßigt werden. Der Beschlußantrag soll durch den Gouverneur der Kapkolonie, Lord Rosemead, dem Staatssekretär für die Kolonien, Chamberlain, übermittelt werden. Aehnliche Versammlungen sind in der ganzen Kolonie einberufen.

Der Streik der Hafenarbeiter an der Waterkant.

Unser Hamburgerischer m.-Sonderberichterstatter schreibt uns vom 6. Januar 1897 abends:

Einem zur Freude, anderem zum Peine.

In Geldangelegenheiten hört bekanntlich selbst unter Freunden die Gemüthsart auf. Die so viel gerühmte Einigkeit im Arbeitgeberverband, vermöge dessen die Streikenden zur Verzweiflung getrieben werden sollten, ist nun so weit ramponiert, daß in Hamburg kein Mensch mehr an den Zusammenhalt des Arbeitgeberverbandes glaubt.

So war hat die Börse auch bei diesem Streik, ebenso wie bei dem Streik der Bauhandwerker 1890, dem Arbeitgeberverband einen weitgehenden Kredit eingeräumt, aber inzwischen ist den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes ein Licht darüber aufgegangen, daß diejenigen Mitglieder, die aus dem Streik den größten Vorteil ziehen, „natürlich“ am zähdesten für die Fortdauer des Streiks sich aussprechen.

Überschaut man die Namen der großen Reedereidirektoren, der Aufsichtsräte von Bankinstituten etc., so findet man, daß ein und dieselbe Person in einer Menge eng miteinander verbundener Institutionen eine hervorragende Rolle spielt und infolge ihrer vielseitigen Macht in der Lage ist, eine große Zahl am Streik beteiligter Personen zu kommandieren. Während u. a. die Evershückerbaue, Stauer u. a. in größte Verlegenheit

kleine Chronik.

Leipzig, 7. Januar.

Neues Theater. (Gastspiel der Frau Sigrid Arnolds.) Mignon von Ambroise Thomas. Die Mignon, wie sie über die Opernhilfe schreitet, hat eigentlich nur das Neuherr der rührigen Goetheschen Gestalt erhalten. Der ganze eigenartige herbe und dabei doch wieder so weiche Charakter Mignons ist in französische Nüchternheit auseinander gellossen.

Dennoch wird Mignon von guten Darstellerinnen gerne als Paraderolle erwählt. Die Sängerinnen suchen dann die ziemlich flach gehaltene französische Mignon wieder mit einzelnen Sätzen der eigentlichen Goetheschen Figur auszustatten und so das ursprüngliche Bild wenigstens einigermaßen wieder herzustellen. Natürlich müssen solche Bemühungen bis zu einem gewissen Grade immer mehr oder weniger an Neuerlichkeiten haften bleiben, es kann sich dabei fast nur um Kostüm und Gebärde und höchstens an einzelnen Stellen noch um kleine deklamatorische Abhättungen handeln, der innere musikalische Kern, die Seele der Rolle wird dadurch weniger berührt.

Frau Sigrid Arnolds, die gestern als Mignon auftrat, gab sich redlich Mühe, der Mignongestalt etwas mehr individuelles Gepräge zu verleihen, als ihr der Komponist mitgegeben, und bis zu einem gewissen Grade gelang ihr dies auch. Frau Sigrid Arnolds besitzt als Sängerin und Darstellerin alle Vorzüge der guten französischen Schule, die sich besonders in einem weisen Maßhalten mit den Stimminstrumenten, in feinem Abwegen der dynamischen Wirkung und in prächtiger Declamation zeigen. Das Organ besitzt weniger. Die Stimme ist wohltaunend und von angenehmer Farbung, aber sie ist nicht groß oder glänzend. Zeitweilig zeigt sich auch eine leichte Neigung zum Tremolieren. Das möchte sich gestern besonders im ersten Akt gelten, um sich später zu verlieren.

Das Königin der Frau Arnolds ist aber sehr bedeutend, sie ist ein Beweis dafür, was Fleisch, gute Schulung und seines Kunstmitspielen auch aus ursprünglich bestwiedenen stimmlichen Mitteln machen können, und in dieser Weise könnte sie mancher unserer mit größerem Organ begabten Damen, die eine feinere Schulung und sorgfältigere Gesangsstudien für überflüssig halten, als Vorbild dienen.

geraten sind, machen die Feuerwerksbesitzer ein brillantes Geschäft und denken: „Ach, wenn es doch immer so bliebe!“

Vom Mittelstand.

Der herausbeschworene Machtkampf hat, soweit wie jetzt bekannt ist und von keinem Menschen bestritten werden kann, dem Unternehmertum den größten Schaden zugefügt. Das Großkapital kämpft nach zwei Seiten, einerseits mit den Arbeitern, dann mit den Kleinkapitalisten, die bei den am Hofen in Betracht kommenden Faktoren eine Zwischenstellung einnehmen.

Die heutige bürgerliche Presse fürchtet, und zwar mit Recht, daß der Streik, der infolge seiner eigenartigen Verhältnisse bisher einzig in der Welt besteht, in aller Stille eine große wirtschaftliche Umwälzung hervorruft, die dem Mittelstand schon jetzt gefährlich geworden ist.

Sehr geehrter Herr . . .

Einen öffentlichen Frieden herzustellen, ist man auch seitens der Arbeitgeber nicht geneigt, die Hoffnung, daß nach Neujahr die Streikunterstützungen ausfallen würden, ist auch zu nichts gemacht, da man sich aber doch einmal in der Wache befindet und gern wieder heraus möchte, so versucht der Arbeitgeberverband eine planmäßig eingeleitete Überbelästigung der streikenden Arbeiter.

Nachdem die Besuche bei den Frauen der Streikenden nichts genutzt haben, werden jetzt Hunderte von Briefen verfaßt, die in allerliebste Weise die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit einzulassen föhlen.

Specialkorrespondenten.

Wozu nur solches Spiel hinter den Kulissen notwendig ist, wird mancher Ueingekehrte fragen? Enthalten doch die bürgerlichen Zeitungen in Übereinstimmung mit den offiziösen Polizeischen Berichten täglich Berichte, daß „die Hafenarbeit im alten Geiste und sogar Arbeit zurückgewiesen werden“.

Würde beispielsweise die Vossische Zeitung ihren Hamburger Berichterstatter fragen, ob er persönlich sich schon einmal eingehend im Hafen bewegt habe, sie käme alsdann bald selbst zur Überzeugung, daß sie ihre eigenen Berichte als unglaublich bezeichnen muß.

Man blendet mit Zahlen, zählt Dualarbeiter und Schiffsgänger zusammen, findet daß über 3000 Mann arbeiten, verschweigt aber, daß 18000 streiken. Und da die meisten „Specialkorrespondenten“ für auswärtige Blätter in hiesigen Redaktionen sitzen, so sind die Berichte auch zu leicht erkärrlich.

Was die Fachleute sagen.

So bestätigten auf meine diesbezüglichen Fragen mehrere Fachleute, Stauer, alte Hafenpolizisten und andere, daß von den Streikbrechern drei Mann auf einen alten geschulten Streikenden kommen.

Und die Hauptsache ist die Bezahlung. Dohn empfängt die Streitveteranen 4.50 Mk., dazu Kost und Logis 1.50 Mk., gleich 6 Mark die Streikenden verlangen bekanntlich nicht soviel!, denen eine Arbeitsleistung von etwa 1.50 Mark gegenübersteht.

Dies ist auch die Lösung des Rätsels, weshalb jetzt Arbeitskräfte massenhaft abgewiesen werden! Handwerkskunst stehen viel zur Verfügung, aber sie können nicht mit Vorteil gebraucht werden.

Die Verständigung ist natürlich auch dementsprechend. So behauptet ein alter Praktikus in einer Versammlung, daß große verladene Rollen bei schwerem Wetter, wenn sie ins Rollen kommen, durch die Schiffssplanken gehen müssen.

Die Börse.

Die Börse ist zwar immer noch in der Lage, die Schiffskurse annähernd in der alten Höhe zu halten. Aber nur durch bekannte Börsenkunststücke.

Denn wenn der 56 Schiffe zählenden Flotte der Paketfahrt 17 im Hamburger Hafen zum Teil schon seit Wochen liegen, so beweist dies, daß die Verluste der Gesellschaft enorm sind.

Gestern verließ der Ostafrikapostdampfer Herzog den Hafen, unter Zurücklassung von annähernd zwei Dritteln Ladung, trotzdem das Schiff schon überfällig war.

Ansharen in Einigkeit!

Dass die Streikleitung unter den obwaltenden Umständen nicht von neuem die Hand zum Frieden bietet, nachdem dreimal ihre diesbezüglichen Versuche schmäde abgewiesen sind, erscheint allzu erklärrlich.

Reichstagsabgeordneter v. Elm erklärte denn auch in einer

Darstellerisch war der erste Akt wohl am besten gelungen. Im zweiten Akt gefiel mit das Knabenkostüm nicht recht. Es war zu sehr nach der neuesten Mode der Wertherzeit — und Mignon trägt doch ein Knabenkostüm nach eigener freier Erfahrung.

Die Vorstellung an und für sich — in der bekannten Befreiung — war sehr gut. Nur dürfte auf Ausstattung in einem Theater vom Range des Leipziger Stadttheaters doch etwas mehr Sorgfalt verwendet werden. Die alten verräucherten Couffissen und Hintergründe und die besonders im ersten Akt wieder recht häßlich erleuchtete Bühne machen doch einen zu betrüblichen Eindruck.

H. M.

Die Deutsche Gesellschaft in Leipzig, die durch Gottsché berühmt geworden, hat am 8. d. M. den 200-jährigen Geburtstag ihrer Gründung in aller Stille begangen. Vier Studenten aus der Lauts. haben sie am 8. Januar 1867 ins Leben gerufen, um in wöchentlichen Zusammentreffen sich im Dichten zu üben. In den ersten Jahrzehnten nahm man mit Lauts. und Schles. auf, die vom Görlicher Gymnasium kamen. Gottsché brachte es dahin, daß die Gesellschaft ihre Pflege auch der reinen hochdeutschen Prosa zuwandte. Seit 1827 hat sie den in Leipzig kurz vorher begründeten Altersverein in sich aufgenommen, nennt sich „Deutsche Gesellschaft zur Erforschung altertümlicher Sprache und Alterthümer“ und tritt fast nie mehr an die Öffentlichkeit. Die gesammelten Gedichte der Mitglieder aus den Jahren vor dem Auftreten Gottsché waren dem Görlicher Gymnasium überwiesen worden, befinden sich aber jetzt in der Leipziger Stadtbibliothek. Die Handelschüler bilden sechs starke Lederbände.

* Von John Neve schreibt uns unser Kieler Korrespondent: Die Annahme, daß von John Neve außer den beiden zuerst vom Vorwärts veröffentlichten Briefen nichts aus dem Kerker herausgekommen sei, beruht auf einem Irrtum, denn seine in Flensburg wohnende Schwester erhielt vor zwei Jahren, trotzdem Neve gefestigt sein sollte, einen Brief des Inhalts, er habe in England noch eine größere Bibliothek und er möchte sie gern nach Deutschland überführen wollen, damit er bei seinem Eintritt in die Freiheit auch wieder im Besitz seiner Bücher sei.

Ob Neves Verwandten seinen Wunsch erfüllten, entzieht sich unserer Kenntnis.

heute morgen abgehaltenen Versammlung, daß verschiedene Anzeichen vorhanden seien, die eine Beendigung des Streiks herbeiführen müßten. Er warnte aber ebenso entschieden vor einer Überlistung.

Eine Spaltung der Arbeiter würde den Kampf zum unnützen Werk machen, während eine Einigkeit, die bis zum Ende anhält, für die Arbeiter einen großen Erfolg hat.

Morgen findet hier selbst im größten Saale eine Versammlung des Herrn v. Egydi statt. In Althederkreisen befürchtet man, daß durch diesen Vortrag der Mut der Streikenden von neuem gejährt wird, denn wenn der Redner die hiesigen Verhältnisse objektiv schildert, so kann er, trotz seiner bekannten Versöhnungspolitik, doch nur den Arbeitern sympathisch zur Seite stehen. Ein Friede ist heute noch für die Arbeitgeber, abgesehen vom entstandenen Schaden, billig, wenn er als Friedewährung wenigstens die sozialpolitischen Forderungen enthält.

Rulante Behördens.

Die Polizeibörde, die angefischt der bevorstehenden Reichstag-Interpellation das Wohnen im Freihofen und den damit verbundenen Verbrauch unverzollter Lebensmittel verboten hat, kommt von neuem der Paketfahrt entgegen, indem sie ihr anhalb der Polizeigrenze stehende Schuppen zum Lagern ihrer Waren zur Verfügung gestellt hat. Das Echo interpelliert deshalb die Polizeibörde und die Kaufleute wollen, wie allgemein behauptet wird, die durch die Lagerung entstehenden Mehrkosten nicht bezahlen.

Die Grundbesitzer.

Schlimm sieht es für die Grundbesitzer aus. Die am 1. Februar fällige Februar-Vierteljahrsmiete fällt zum großen Teile aus, die Geländemachung ihres Rechtensrechts hat insofern keinen Nutzen, als die Mobilien der Hafenarbeiter, soweit sie nicht im Pfandhaus sind, kein Wert haben.

Eine demnächst einzuberuhende Versammlung soll sich mit der zu lösenden Frage beschäftigen, worauf man gespannt sein darf.

Substationen von Häusern werden wohl massenhaft eintreten, falls nicht noch unbekannte Wege erschlossen werden. Hat doch schon die Januarzinszahlung ungeheure Schwierigkeiten mit sich gebracht.

Der Vohlkampf hat mittlerw. Schrecken herausbeschworen, wie sie ein wirklicher Krieg zum großen Teil ebenfalls mit sich bringt.

Auszahlung der Unterstützung.

Die Unterstützungsrate im Betrage von 142000 Mk. wurde am 8. Jan. glatt ausbezahlt. Eine große Anzahl von Streikenden verzögerte auch diesmal wieder auf den ihnen zustehenden Beitrag, so daß eine nennbare Summe in der Streikfasse verblieb. Die Beiträge für die Streikfasse liegen reichlich. Die Unterstützung für die nächste Woche ist jetzt bereits gesichert.

Stuttgart, 6. Januar. Gestern abend sprachen in einer großen Volksversammlung die Genossen Abg. Diez und Högl über den Hamburger Ausstand. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausständigen solidarisch und verließ thakräftige Hilsse.

Die Grenzboten, ein Organ, dem die Leipziger Volkszeitung erst vor kurzem wegen einer Unanständigkeit eine ganz gehörige Abstrafung angegedrohten, leistet sich zur würdigen Einsicht des Jahres 1897 in ihrer ersten Nummer (ausgegeben am 7. Januar) in einem anonymen Artikel: Der Ausstand in Hamburg, eine unqualifizierte Verdächtigung der sozialdemokratischen Partei und besonders der leitenden Hamburgerischen Genossen.

Sie sagen: „Die sozialdemokratischen Parteiführer haben wiederholt öffentlich kundgegeben, daß sie von dem Ausstand abgeraten und nach seinem Ausbruch zur Annahme des bekannten Senatsvorwurfs, d. h. zur Wiederaufnahme der Arbeit unter den alten Bedingungen, also zur Unterwerfung, ermahnt hätten. Kann man das glauben? Soll man auch das für Zug und Trug halten. Der Beweis dafür, daß sie die Wahrheit sagen, ist nirgends gebracht.“

Solche Verdächtigung der Wahrheitsliebe geachteter Männer richtet sich selbst; sie übersteigt, um einen Ausdruck der Grenzboten zu gebrauchen, „eigentlich alles Maß von extraglicher Dreistigkeit“.

Dem Abgeordneten v. Elm wirft das Organ des „arbeiterfreundlichen“ Herrn Grunow vor, er habe eine „erschöpfende falsche Rechnung als Beweis einreden wollen“; dem Abgeordneten Legien wird untergeschoben, daß er in seinen Reden vor den Hamburgerischen Ausständigen ein infames Gaufestspiel getrieben habe, indem er zum Frieden riet und doch den Krieg wollte; und dann wird solches Treiben weiter bei den „fahrenden sozialdemokratischen Blättern“ vorangestellt und schließlich ganz im allgemeinen von „sozialdemokratischer Macht“ (die Worte war ausgegeben, möchte offiziell geredet werden, was da wollte!) gesprochen, also die ganze Partei verläßt.

Dem Ganzen legen die Grenzboten dann dadurch die Krone auf, daß sie alle Verdächtigungen — es bleibt noch Richter in Deutschland! — mit den bekannten „scheint“, „verhält sich das so“, kann man wohl glauben“ etc. bejubeln.

Ja, Brutus ist ein ehrenwarter Mann! Es ist deshalb auch nur gerechtfertigt, daß das würdige Organ den „Funken von Gefühl für Wahrheit und Gerechtigkeit“ anblasen will, der vielleicht noch im deutschen Volke lebt: so haben sie ja immer gemacht.

Gerichtssaal.

Bandgericht.

Leipzig, 4. Januar.
Folgen der Maul- und Klauenseuche. Unter der Anklage, die vorge schriebene Anzeige des Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche unterlassen zu haben, um sich einen Ver mögensvorteil zu sichern, und wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz hatte sich der 56 Jahre alte Vater des Rittergutes Kötzschwitz, Clemens Alfred Reuter, vor der IV. Strafkammer zu verantworten. Reuter giebt zu, daß Ende September bzw. Oktober unter seinem Rindvieh Erkrankungen erschienenen auftraten, und daß das Viehlahm ging. Er habe das aber nicht für die Maul- und Klauenseuche gehalten, da er sie mit seinem Viehbestand schon viermal durchgemacht habe und sich am Maul und an dem Euter keine Erkrankungen bemerkbar machen. Er habe es auf den zur Verfütterung gekommenen Klees geschoben und als eine Änderung in der Fütterung eintrat, habe sich die nachgelassene Fresslust des Viehs wieder eingestellt. Die Milch von seinen Kühen ist auch in der fraglichen Zeit an seinen Milchabnehmern verkauft worden;

auch sei in seiner Familie und auf seinem Gute ein Teil der Milch verbraucht worden, ohne daß Klagen laut geworden sind oder sich gesundheitsschädliche Folgen einstellten. Der Bezirksarzt Dr. Roach bestandete, daß am 4. Sept. in Störmthal die Seuche ausbrach und sich auf die Orte Döschwitz, Modern, Dreisbau und Göhren bis zum 12. Okt. verbreite. Von Tagelöhnnern des Mittergutes Löbschwitz erfuhr er, daß auf dem Gute die Seuche ausgebrochen sei. Bei einer darauf vorgenommenen Untersuchung fand er an 40 Kindern und einigen Schafen Spuren der Seuche, die bereits gehoben war. Auf seine Veranlassung wurde dann das Mittergut gesperrt. Bei dieser Seuche darf die Milch nur im gelockten Zustande aufgezehrt werden. Nach der Überzeugung des Dr. Roach hätte er, bei genügender Aufmerksamkeit sehen müssen, daß es sich um die Maul- und Klauenseuche handelte. Die Seuche kam nach dem Gutachten des Gerichtsarztes, Dr. Thümmler, bei Genuss der von dem frischen Biere gewonnenen Milch in ungelocktem Zustande sich auf Menschen übertragen. Bei Erwachsenen zeige sich die Krankheit als ungünstig, doggen kann sie bei Kindern einen schweren Charakter annehmen, indem sich am Munde und am Körper Geschwüre bilden und sich Magen- und Darmskatarrhe einstellen. Das Gericht verurteilte Meister wegen Vergehens gegen § 14 des Nahrungsmittelgesetzes zu 150 Mk. Strafe, sprach ihm dagegen von der Anklage des Vergehens gegen das Seuchengefetz frei, weil durch die Beweisaufnahme nicht festgestellt worden war, daß R. die Anzeige wissenschaftlich unterlassen hat.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Dresden, 6. Januar. Die höheren Schulen Dresdens kosteten der Stadt im laufenden Jahre 410888 Mark gegen 405289 Mark im Vorjahr.

Für das Projekt einer elektrischen Bahn Dresden—Leipzig wird sein Urheber auch beim hiesigen Stadtrat. Ingenieur Witte in Weißensels hat den Rate Plan und Beschreibungen des von ihm bearbeiteten Unternehmens vorgelegt.

Das Gericht hat beschlossen, den Genossen Reichardt gegen eine Kautions von 10000 Mk. aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Die Kautions wurde mittlerweile gestellt und Genosse Reichardt bereits auf freiem Fuße sein.

In Löbau verweigerte der Gemeindevorstand die Genehmigung zum Anschlagen von Plakaten, worin zum Abonnement auf die Sächsische Arbeiterzeitung aufgerufen war, und zwar deshalb, weil der Schlussatz des Plakates „anständig zu wirken geeignet erscheine“. Der Schlussatz lautet: „Den Fleiß, den der Arbeit und Arbeit für alle! Feschtigkeits, politisches Mänkspiel und Streberum belämmern wir! Wir treten ein für Wahrheit, Moralität und Dessenlichkeit!“ Gegen den Entcheid wird Beschwerde geführt werden.

Bei der Gemeinderatswahl in Denken erhielten in der Klasse der Unfassigen unsere beiden Kandidaten 370 und 377 Stimmen von 399 insgesamt abgegebenen. In der Klasse der Unfassigen erhielt der sozialdemokratische Kandidat 95 Stimmen von 195. Unser Bestand hat sich um ein Mandat vermehrt.

Durch hereinbrechende Wölfe wurde am vorigen Sonnabend früh auf dem Oppelschacht bei Baumberoda dem Häuer Ernst Galle aus Niederhermsdorf ein Fuß zerquetscht. Der in den 50er Jahren stehende Mann wurde in das Krankenhaus gebracht.

In der Wohnung des Braumeisters Neidels der Weißbierbrauerei zu Trachenberge entstand am Dienstag eine Explosion, deren Ursache noch nicht festgestellt ist. Jedenfalls aber dürfte ein kleiner Benzimotor, den Herr Neidel zu seinem Privatvergnügen sich gebaut hatte und mit dem er auch fleißig experimentierte, die Explosion verursacht haben. Durch die Explosion ist er so schwer verletzt worden, daß er bald darauf verstarb.

Döbeln, 5. Januar. Ein hiesiger Schlossermeister und Hausbesitzer ist wegen Diebstahls verhaftet worden. Der Mann hatte im vergangenen Sommer auf dem Niedergottesacker von einer Familiengräberstätte die kunstvoll ausgeführte Verzierung eines Grabsteins gestohlen, um sie als Modell benutzen zu können. Das Objekt fanden Polizeibeamte in der Werkstatt des Mannes vor.

Wittenberg, 5. Januar. Dem Hilfsweichensteller Johann Herreiter am Sonnabend beim Hängen von Wagen schwer verunglückte, ist im Löbauer Krankenhaus das linke Bein amputiert worden.

Die Presse und der Kapitalismus.

Vor wenigen Tagen hat das Berliner Tageblatt sein fünfzigjähriges Jubiläum gefeiert. Den Mittelpunkt der Feier bildete ein Bankett beim Verleger des Blattes, dem Annoncenkönig Rudolf Mosse. Er wurde als die Verkörperung des Blattes von der eigenen Redaktion, von den Gratulanten, von den Vertretern des Journalismus gepriesen und in eine Wolke des Weihrauchs gehüllt, hinter der die Mitarbeiter, Redakteure und geistigen Hilfskräfte des Blattes vollständig verschwanden.

Diese Thatsache ist für jeden, der in der Presse mehr erblieb als ein bloßes Gewerbe, bestrendlich. Man erwartet, daß bei einer politischen Zeitung die Redaktion die Vorherrschaft im gesamten Unternehmen einnimmt, daß sie die politische Haltung und die geistige Bedeutung des Blattes bestimmt. Aber in der Wirklichkeit sinkt meist die Redakteure zu willigen Werkzeugen des Verlegers herab, die durch ihre geistige Arbeit das Geschäftunternehmen rentabel machen. Dazu dem so ist, hat gerade das Jubiläum des Berliner Tageblattes gelehrt.

Der Festakt spielte sich im Palais des Herrn Mosse an der Leipziger Straße ab. Um ihm sommelle sich das gesamte Geschäftspersonal vom Chefredakteur Levysohn an bis zum Druckereilehrling herab als um den Chef des Hauses, der den Seinen das tägliche Brot reicht, ja nach Verdienst. Und bescheiden, wie es eines Chefredakteurs Pflicht ist, wenn er ein bürgerliches Blatt leitet, wälzte Herr Levysohn alle Verdienste auf Herrn Rudolf Mosse ab. Rudolf Mosse hat für die Volksrecht durch sein Organ gekämpft, darum hat er keine Titel und Orden erhalten. Was die Redaktion in diesen fünfzigjährigen Jahren geleistet, was sie gelitten hat, davon wurde nichts gesprochen. Ich weiß nicht, wie lange Herr Levysohn dem Tageblatt schon angehört, aber jedenfalls genügend lang, um in ihm den wirklichen „geistigen Leiter“ des Blattes zu erkennen. Aber während der ganzen Jubelcerie wurde des Chefredakteurs mit keiner Silbe der Anerkennung Erwähnung gethan, auch für die geistige Leitung liquidierte Herr Rudolf Mosse, der vielleicht als Annoncenmischer und Blattverleger ein Genie sein kann, aber als Politiker und Journalist hinter dem jüngsten Redakteur des Tageblattes sicherlich zurücksteht. Und worin bestand der Dank des Herrn Mosse gegen seine Untergebenen? Er

Von agrarischer Seite wird hier die Gründung einer Gesellschaftsvereinigung geplant.

Chemnitz, 5. Januar. In der Sächsischen Maschinenfabrik wurden dieser Tage plötzlich zwei Schmiede entlassen. Als Grund der Entlassung gab der Meister an, er hätte zur Zeit zu viele Leute. Am derselben Morgen hatten die Arbeiter eine Versammlung bei dem Inspektor gehabt, weil sie angefeindigt worden waren, für die Hamburger streikenden Hafenarbeiter in der Fabrik Geld gesammelt zu haben, so daß man allgemein annimmt, daß dies der Grund der Entlassung ist.

Zwickau, 6. Januar. Die Kreishauptmannschaft hat auf erfolgte Vorstellung von Konsumvereinen ihre allgemeine Anordnung betreffs der Legitimation der Konsumvereinsmitglieder bei Warenentnahmen &c. wieder zurückgezogen und sich vorbehalten, bei Vorlegung von Anweisungen der einzelnen Vereine für jeden einzelnen Fall Entscheidung zu lassen.

Planen, 5. Januar. Genosse Max Müller ist heute vom hiesigen Landgericht wegen Bekleidung, öffentlicher Aussforderung zu strafbaren Handlungen und Vergehen gegen das Eisenbahngeetz zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Der Anklage lagen Vorgänge in einer am 15. August 1896 in Wilsnack abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlung zu Grunde.

Hohenstein-Ernstthal, 6. Januar. Am 1. Januar beginnt die Firma Job, Aug. Voß ihr 50jähriges Jubiläum. Der gegenwärtige Inhaber der Firma, der Sohn des Gründers, hat die Goldenebene in Sachsen eingeführt. Aus Anlaß der Jubelcerie stiftete er der Hoch- und Fortbildungsschule 10000 Mk.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagwahlkreise.

Wurzen, 5. Januar. In der Stadtverordneten-Sitzung vom Montag wurden nach erfolgter Einweisung der neu- bzw. wiedergewählten Stadtverordneten und nachdem Bürgermeister Mühl eine Übersicht über die wesentlichen Vorgänge in der städtischen Verwaltung gegeben hatte, die Herren Dr. Reissland und Rechtsanwalt Heinz als Vorsitzender bzw. Vizevorsitzender wiedergewählt. Bei der Wahl des Protokollantin wurden zunächst von 23 anwesenden Mitgliedern je 11 Stimmen für den bisherigen Protokollführer Agent Becker und den Ratsaltner Beck abgegeben, während ein Stimmzettel unbefriedigte war. Beim zweiten Wahlgange erhielt Herr Ratsaltner Beck die Mehrheit der Stimmen (18), der die Wahl annahm und alsbald verpflichtet wurde.

Im Ratsskollegium fanden in der gestrigen Sitzung nach der Einweihung und Verpflichtung der neuen Mitglieder Herbst, Löffig und Schütz bereits die Wahlen zu den städtischen Ausschüssen statt und hatten, wie wir hören, folgendes Ergebnis: Finanz-Ausschuß: Bürgermeister Mühl, Stefan, Herbst; Bauwirtschaft-Ausschuß: Dr. Seeger, Eichardt, Schäfer; Rechts- und Verwaltungs-Ausschuß: Mühl, Seeger, Löffig; Einquartierungs-Ausschuß: Küngel, Stefan; Schul-Ausschuß: Mühl, Löffig; Krankenhaus-Ausschuß: Seeger, Schütz; Armen-Ausschuß: Seeger, Küngel; Feuerlösch-Ausschuß: Küngel, Seeger; Sparlassen-Ausschuß: Mühl, Seeger, Stefan; Gasanstalt- und Wasserwerks-Ausschuß: Seeger, Küngel, Stefan und als Mitglied des Direktoriums dieses Ausschusses: Küngel. — Beim Stadtverordneten-Kollegium werden die Ausschusswahlen, die auf zwei Jahre erfolgen, Freitag den 8. Januar vorgenommen.

Halle a. S., 6. Januar. Wie die National-Ztg. hört, hat der Oberpräsident der Provinz Sachsen bei der Handelskammer in Halle angefragt, aus welchen Gründen die Halleische Produzentenfamilie angegriffen, aus welchen Gründen die Halleische Produzentenfamilie angegriffen.

Gera, 6. Januar. Die hiesige Polizei hat die Aufführung des bereits in vielen Orten aufstandslos ausgeführten Theaterstückes Friede auf Erden verboten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. Januar.

Das hiesige Gewerkschaftskartell sandte am 5. Januar als 11. Spende zur Unterstützung der Hamburger Hafenarbeiter die Summe von 1200 Mk. ab. Insgesamt wurden bisher

wußte ihn nicht anders zu fassen, als daß er einhunderttausend Mark zur Unterstützung seiner invaliden Hofsarbeiter springen ließ. Ob sich bei seinem der Beteiligten in dem Moment der großzügigen Spende ein Gefühl ähnlich wie Scham rührte?

Bei den Journalisten, daß ihnen ein Bettschlund für ihre im Dienste des Kapitals verbrauchte Arbeitskraft angeboten wurde; bei Herrn Mosse, daß er eine Geldsumme, die er durch seine Hofsarbeiter verdient hat, diesen als warmherziger Mann wieder zuschob.

Im Tageblatt selbst wird nichts berichtet über den Eindruck der Spende; aber wir trauen selbst den Journalisten des Tageblattes zu, daß ihnen das tief Demütigende ihrer Situation doch nicht ganz entgangen ist.

Wenn schon die Stellung des Einzelunternehmers in Industrie und Gewerbe heutzutage eine unhaltbare geworden ist, wie unerträglich ist dann erst die Stellung des kapitalistischen Verlegers seinen Redakteuren und Journalisten gegenüber. Man bedenke, auf der einen Seite gebildete Männer mit politischer Schulung, die im öffentlichen Leben, wo doch weniger das Einzelinteresse im Vordergrunde steht, Eindruck auf die Ansichten der Mosse gewinnen wollen, sind in vollständiger sozialer Abhängigkeit von einem Mann, dessen höchstes Bestreben es sein muß, Geschäft zu machen; auf der anderen Seite ein Geschäftsmann, der aus kleinen Anstalten herausreich geworden, durch politischen Leben ziemlich ferne steht, aber sich seine geistigen Arbeiter nach Fähigkeiten und politischer Überzeugung kaust, damit sie sein Kapital fröhlebringend verwenden.

Und dann obendrein als Ergebnis: die öffentliche Anerkennung wird nicht den Männern der Überzeugung, sondern dem Besitzer des goldenen Kalbes zu teilen. Das ist die Presse im kapitalistischen Zeitalter. Es gibt glücklicherweise Ausnahmen und wie wir gern zugestehen wollen, selbst im bürgerlichen Lager, aber diese Ausnahmen sind so selten, daß sie dem Beobachter fast entgehen. In Berlin wählt ich angenehlich nur ein paar Blätter aufzuzählen, bei denen der Redakteur oder die Redaktion wirklich die Seele des Blattes bildete; in allen übrigen sind die Journalisten nur bezahlte Arbeiter ihrer Herren Verleger, für deren Wunsche die legieren Takt, Tempo und Thema bestimmen. Noch trauriger ist es in der Provinz draußen. Ein tödliches Bild bot im Redaktions-Prozeß in dieser Beziehung

während des Hafenarbeiterausstandes vom Gewerkschaftskartell allein 19500 Mk. nach Hamburg gesandt. Leipzig hat im ganzen bis jetzt etwa 30000 Mk. abgeschickt.

Jur Geschichte der arbeitenden Klassen in Deutschland wird in einem öffentlichen Vortragsschluss der nationalsozialistischen Pfarrer Kötschke sprechen, der, wie unser Leser bekannt ist, wegen seiner Broschüre gegen Stumm gemahnt worden ist.

Die Bourgeoisie und die Volkshochschulkurse. Die Sächsische Zeitung, das Organ der rheinisch-westfälischen Großunternehmer, schreibt: „Eine kleine Anzahl Berliner Professoren hat, vorzugsweise auf Anregung der Volkswirtschaftslehrer Schmöller, Sering und Wagner, an den akademischen Senat der Berliner Hochschule eine Eingabe mit dem Erubten gerichtet, zur Errichtung und Belebung volkstümlicher Hochschulkurse in verschiedenen Städten Berlin einen ständigen Ausschuß unter dem Ehrenvorstand des jeweiligen Rektors einzuführen und beim Kultusminister um eine Jahresunterstützung von 15000 Mk. zum Zwecke der Ausführung der vorgeschlagenen Veranstaltung einzulommen. Als Gegenstand dieser volkstümlichen Hochschulkurse sind alle Wissenschaften in Aussicht genommen, die sich zur volkstümlichen Darstellung eignen, jedoch unter Ausschluß von Vorträgen über solche Fragen, auf die sich die politischen, religiösen und sozialen Kämpfe der Gegenwart beziehen oder deren Behandlung zu Agitationen Anlaß geben könnte. Wie zweifeln keinen Augenblick, daß diese eingehender begründete Eingabe im akademischen Senat selbst auf entschiedene Ablehnung stoßen wird. Denn wir erkennen in ihr nur einen abermaligen Auswuchs jener unklaren und beglüchtungstheorie, die in den Köpfen des gebildeter schon so viel Unheil gestiftet hat. Uns will scheinen, daß schon der Ausdruck „volkstümliche Hochschulkurse“ ein logischer Widerspruch nach Art des schwarzen Schimmes ist. Die Lehrer unserer Hochschule sind doch in erster Linie berufen, die von ihnen vertretenen Wissenschaft zu verleben und ihre Wahrheiten denen zu lehren, die dazu die entsprechende geistige Vorbildung bereits genossen haben. Sie sollen keine Volksschullehrer sein, und die Erfahrung hat zudem erwiesen, daß nur die allerwenigsten deutschen Gelehrten die Gabe besitzen, die von ihnen entdeckten und festgestellten wissenschaftlichen Wahrheiten volkstümlich darzustellen.“

Eine bessere Empfehlung dieser Kurse, die auch ja ähnlich für Leipzig geplant werden, gibt es nicht, als dieses in blaue Wutgeschrei der Kapitalistischen Presse. Denn auch das Hamburger Bildungsblatt und die Kreuzzeitung stimmen in diese Visionen ein.

Das so genannte Blatt befürchtet, daß strebame sozialdemokratische Arbeiter von den Kurzen Nutzen haben könnten. Es sagt: „Gerade da lohnt die Hauptgefahr, die die wohlmeintenden Deutschen nach bekannter Erfahrung wieder gar nicht sehen. Die Sozialdemokratie, der man entgegenarbeiten möchte, wird sich die gute Gelegenheit, die Ausbildung ihrer Akteure zu vervollständigen, nicht entgehen lassen. Dass eigentliche Tagesfragen in den Vorträgen nicht berührt werden sollen, schadet von ihrem Standpunkt nichts. Sie weiß, wie sehr alles, was nach Wissen schmeckt, dem Arbeiter imponiert, und es ist auf diese Weise sehr wohlseil, zu einem neuen besonderen Nimbus zu gelangen, wie sie ja auch die liberale Bibelkritik längst in ihrem Interesse verwertet.“

In daselbst Horn sieht natürlich auch die Leipziger Zeitung, die da meint: „Sollte abstrakte Weisheit für 50 Pfennige im Semester oder wohl gar unentgeltlich in die breiten Massen geworfen, könnte leicht mehr schaden als nützen.“

Es ist nur gut, daß die Herren, die die Volkshochschulkurse in die Hand genommen haben, sich wenig um das Geschwätz der „bildungsberechtigten“ deutschen Kapitalistischen Presse kümmern werden.

Interessante Mitteilungen über einen bevorstehenden Redaktionswechsel in der Leipziger Zeitung macht die Deutsche Tageszeitung, ein Organ der Fronde gegen die Politik der Reichsregierung:

Dem Vernehmen nach werden in der nächsten Zeit wesentliche und wichtige Veränderungen in den höheren Verwaltungsstellen des Landes stattfinden. Es verlautet unter anderem, daß der bisherige königliche Kommissar für die Angelegenheiten der offiziellen Leipziger Zeitung, der gewissermaßen als Chefredakteur fungierte und dem Blatte das Gepräge seiner Persönlichkeit aufdrückte, für einen anderen, dem lange nach höheren Posten aussersehen sei. Hier und da bringt

der Verleger des Breslauer Generalanzeigers. Der Herr sprach immer nur von seinem Blatt, seinen Redakteuren und entschuldigte dabei eine solche Unwissenheit in politischen Dingen, daß er sich von einem Dekret die unglaublichen Waren aufzubinden ließ. Er engagierte über den Köpfen der Redakteure hinweg Mitarbeiter und entläßt sie ganz nach Willkür.

Wenn aber irgendwo, so ist gerade auf dem Gebiete des Breitgewehrs der privatkapitalistische Betrieb die Untergrabung jeder politischen Überzeugung. Dieses System trägt die Schuld, die Journalisten in der Achtung der Öffentlichkeit so tief gefunden sind und nicht mit dem Kenntnis anderer liberaler Arbeiter seine Arbeitskraft verkaufen, so liefert er seine Arbeit ab, ohne je dadurch in seinem sittlichen Werte zu verlieren. Anders bei dem Hofsarbeiter, der nicht so und so viel Seiten Schrift, sondern seine Überzeugung in den Dienst nicht einer politischen Sache, sondern meist in den Dienst eines gewissen Herrn Verlegers zu stellen hat. Und dieser Herr Verleger achtet Überzeugungen nur so lange, als sie seinem Geldsack dienlich sind; anderenfalls hat die Überzeugung oder der engagierte Herr Schriftsteller klein beizugeben. Und weil in 99 von 100 Fällen die soziale Not den Schriftsteller zur Nachgiebigkeit gegen die Wünsche des Verlegers zwinge, so modelliert der Schriftsteller seine Überzeugung im Interesse des allmächtigen Verlegers. Dass dabei der Charakter des Journalisten verliert, ist selbstverständlich; sie lasten sich und werden in der Öffentlichkeit als Kasten behandelt.

Die sozialdemokratische Presse nimmt ohne Eigenlob und Selbstauskunft in dieser Beziehung noch eine rühmende Ausnahmestellung ein. Nicht darin liegt so sehr die Gefahr, daß überhaupt Privatverleger bestehen, sondern darin, daß die Leser zu einer politisch indifferenten Klasse herunterfallen. So lange die Arbeiter politisch rege sind, werden sie allen Versuchen, daß ihr Blatt zu Geldmäusern ausgewandert werde, vorbeugen können; sie werden im Stande sein, Garantien zu schaffen, die der Redaktion ihrer Blätter diejenige Stellung einräumen, die ihr der Natur und dem Wesen der politischen Presse nach kommt. Aus den bürgerlichen Preszuständen aber mögen die Arbeiter entnehmen, wie notwendig eine wachsame Kontrolle über unsere Preszverhältnisse ist.

man den Wechsel in der Leitung der Leipziger Zeitung mit ihrer Haltung gegenüber der agrarischen Bewegung in Verbindung. Die manövrierte unschöne und gehässige Art, mit der die in anderen Teilen und sonst ausgezeichnet geleitete Zeitung die agrarische Bewegung bekämpft, und der Umstand, daß sie zu diesem Kämpe sich vorwiegend der Ausschnitte aus demokratischen Börsenblättern bedient, soll in höheren Kreisen lebhafte Verstremungen und sich steigernden Unwillen erregt haben. — Wir geben diese Nachricht wieder, da sie uns von einem zuverlässigen Berichterstaat gezeigt. Ueber die Haltung der Leipziger Zeitung haben wir oft berichtigte Sagen führen müssen. Trotzdem erkennen wir an, daß es dem jetzigen Leiter gelungen ist, die Zeitung in anderen Teilen wesentlich zu haben.

Der Königliche Kommissar für die Angelegenheiten der Leipziger Zeitung war bis jetzt Oberregierungsrat Kurt von der Wosel, der der hiesigen Kreishauptmannschaft unterstellt ist.

Die Leipziger Zeitung wird, so hoffen wir, über das allgemein eingeschränkte und bedingte Lob des Organs der Leipziger Zeitung nicht fremden Madame Oertel die gebührende Freude empfinden.

Dass die "Peltz" eines amtlichen Blattes, das für den "alten und befehlten Grundsatz" mit seinen Bößen und Viebesgaben lebt und stirbt, mit ihrer Stellungnahme zu den agrarischen Tivoli-Patrioten recht vorsichtig sein müssen, um "höhere Kreise" nicht zu "befremden", lehrt uns auch diese neue niedliche Geschichte.

Das Begräbnis der im Flußkanal ertrunkenen Zimmerer
Karl Schmidt aus Hamburg und Friedrich Schröder aus Bremen, sowie des Handarbeiters Alfred Lehmann von hier, sind gestern nachmittag gegen 1/4 Uhr unter starke Beteiligung des Publikums auf dem hiesigen Südfriedhof statt. Etwa tausend Arbeiter gaben den so jäh aus dem Leben Geschiedenen das letzte Geleit. Am Grabe sowohl wie auch auf dem Wege nach dem Friedhof spielte die Kapelle der Freien Musikkvereinigung mehrere Trauerweisen. Die in Leipzig beschäftigten fremden Zimmergesellen sowie die Leipziger Zimmerer waren zu dem Begräbnis sehr zahlreich erschienen. Auch aus Hannover war eine Delegation der Zimmerer mit Fahne erschienen. Auch die zwei Fahnen der Leipziger Zimmerer, die seit Jahren verborgen gelegen hatten, gelangten bei diesem Leichenbegängnis wieder einmal an die Öffentlichkeit. Unter den Leidtragenden befanden sich auch die von auswärtig herbeigekommenen Brüdern der ertrunkenen Zimmerer. Nach der Grabrede des Pastors widmeten einige Kameraden den Verstorbenen kurze Worte des Nachruhs, hierbei Kränze im Namen der fremden Zimmergesellen Hannovers und Leipzigs, sowie der sächsischen und Leipziger Zimmergesellen niederlegend. Die bisherigen Arbeitgeber und Vorgesetzten der Ertrunkenen hatten es ebenfalls an reichen Kränzen nicht fehlen lassen. Auch wir rufen den Verstorbenen ein Ruhest nach!

Eine dauernde Plakatausstellung in Leipzig gedenkt die bekannte Kunstanstalt Grimme u. Hempel ins Leben zu rufen. Noch ihrem in der Illustrirten Zeitung und den Fliegenden Blättern veröffentlichten Projekt will sie in Leipzig, daß wegen seiner centralen Lage und bedeutenden graphischen Industrie allerdings besonders dazu geeignet ist, eine Pflichtstätte zur Neorganisation des deutschen Plakates begründen und wendet sich mit ihrem Aufruf darum vorwiegend an die deutsche Künstlerschaft.

Unter Hinweis auf den Vorrang, der auf dem Gebiete des Anzeigenwesens heute noch unstreitig dem Ausland, besonders Frankreich, gebühre, macht die Firma vor allem zweierlei als notwendige Erfordernisse geltend: den künstlerischen Wert des Plakats und seinen Ausbau auf dem Volkscharakter; letzteres in der entschieden richtigen Erkenntnis, daß sich der ausländische Geschäftsmann dem deutschen nicht einfach aufzufressen läßt, und bei der bloßen Nachahmung fremder Künstler keine vollständlichen Arbeiten entziehen können.

Die Ausstellung, die bereits 1897 eröffnet werden soll, wird jährlich zwei Prämierungen im Gefolge haben, die mit je einem Preis dotiert werden: 1. Preis 1000 Mk., 2. 500 Mk., 3. 300 Mk., 4. Preis zu je 200 Mk. Die näheren Bestimmungen für die Herstellung der Entwürfe, die jede beliebige Branche zum Gegenstand haben können, werden den Künstlern kostensfrei gestellt. Es muß schließlich noch als ein sehr glücklicher Gedanke bezeichnet werden, daß bei jeder weiteren Preiseverteilung von den vorher prämierten Künstlern fünf als Preisträger fungieren werden.

Vertrauensmänner für die Invaliditäts- und Altersversicherung. Der Rat bringt zur Kenntnis, daß für den 1. Bezirk (Alt-Leipzig, Nord- und Westvorstadt) aus dem Stande der Arbeitgeber vom Vorstande der Versicherungsanstalt Herr Goldgießermeister Hermann Böhme, Teilhaber der Firma Pegold u. Böhme, Stadtmüller Steinweg 24 wohnhaft, als Vertrauensmann und Ha-Schmidemeister Friedrich Wilhelm Erler, Raußmühlener Steinweg 12 wohnhaft, als dessen Erzähler ernannt worden sind.

Als Direktor der 4. Bezirksschule wurde am Dienstag morgen Herr Albert (Stadtverordneter) in sein neues Amt eingeführt.

Auf die Einführung des 5 Pfennig-Portofees für Briefe zwischen Bautz und Leipzig und umgekehrt hat die Oberpostdirektion ablehnend geantwortet. Begrundet wird diese Entscheidung damit, daß nach den bestehenden Bestimmungen die 10 Pfennig-Briefstufe solange eingehalten werden muß, als Bautz baulich getrennt liegt von Leipzig und mit diesem nicht eine Gemeinde bildet. Daß Schöneweld und Stötteritz jene Vergünstigungen genießen, sei altherkömmlich, man könne jedoch aus prinzipiellen Bedenken nicht nachträglich auf andere Ortschaften diese Ortsteile übertragen. Der zu wiederholten Malen von der Nachbargemeinde Möckern ausgesprochene gleiche Wunsch habe bisher immer dieselbe Beantwortung erfahren müssen. Gleichzeitig wird dabei auf eine Reihe von Nachteilen (namentlich in der Bestellung von gewissen Telegrammen und Einschreiben) durch Einführung der 5 Pfennig-Tage aufmerksam gemacht.

Der Bezirksschulrat hält Sonnabend den 9. Januar vor mittags 9 Uhr im Verhandlungssaale der Kreishauptmannschaft öffentliche Sitzung ab. Gegenstände der Beratung werden verschiedene Gemeinde- und Wegebausachen, Dispensationen in Disseminationssangelegenheiten, ingleichen auch allgemeine Bezirkssangelegenheiten bilden.

Diejenigen Studierenden, die beabsichtigen, die ärztliche Vorprüfung im gegenwärtigen Semester zu absolvieren, haben ihre Anmeldungen spätestens am 23. d. M. in der Universitätskasse zu bewirken. Wenn ein Examינant, nachdem der Termin angelegt worden ist, sich wieder abmeldet, geht er der Hälfte der Gebühren verlustig.

Wegen des bevorstehenden Bücherabschlusses werden alle Gewerken und andere Personen, die aus dem Jahre 1896 Forderungen an die Kasse des Universitätsrentamts haben, erachtet, ihre bezüglichen Rechnungen spätestens bis zum 13. Januar 1897 einzureichen.

Die Fernsprechteilnehmer werden darauf aufmerksam gemacht, daß nach den bestehenden Bestimmungen jeder Teilnehmer im allgemeinen nur an einer Stelle des Teilnehmerverzeichnisses aufgeführt wird. Eine weitere Eintragung ist aber noch zulässig, wenn der Name des Teilnehmers mit seiner im Handelsregister eingetragenen Firma nicht übereinstimmt. Mehr als zweimal darf ein Fernsprechanschluß im Teilnehmerverzeichnis unter keinen Umständen aufgeführt werden.

Konturstatistik. Im Dezember v. J. wurden bei dem hiesigen Amtsgericht 12 Konturen eröffnet, von denen 9 auf die Altstadt und je einer auf Auger-Trottendorf, Gohlis und Voltmarshof entfielen. — Im vergangenen Jahre betrug die Zahl der bei dem hiesigen Amtsgericht eröffneten Konturen 117; hierzu entfielen 72 auf die Altstadt Leipzig, 7 auf Neudorf, 6 auf Gohlis, je 4 auf Auger-Trottendorf und Neustadt, je 3 auf Lindenau und Voltmarshof, je 2 auf Möckern, Connewitz und Stötteritz und je einer auf Eutritsch, Sellerhausen, Plagwitz, Neuschönfeld, Neuschönzig, Kleinzschocher, Probstheida, Döbsch, Viechtvolkwitz, Engelsdorf, Lindenau und Großzschocher.

Neue Arzneitaxe. Nachdem auf Anordnung des Ministeriums des Innern eine neue Arzneitaxe aufgestellt worden und unter dem Titel: Arzneitaxe für das Königreich Sachsen (18. Aufl.) in der Hofbuchdruckerei von C. C. Meinhold u. Söhne in Dresden erschienen ist, hat das Ministerium des Innern verordnet: Alle Apotheker des Landes haben vom 1. Januar 1897 ab ihre Forderungen für Arzneimittel, pharmazeutische Arbeiten und Gefäße genau nach Maßgabe dieser Tage und ihrer künftigen Nachträge, deren Ertheilung jedesmal im Dresdener Journal und in der Leipziger Zeitung bekannt gemacht werden wird, einzurichten, dabei auch den in der ersten und eventuell in den letzteren enthaltenen allgemeinen Bestimmungen nachzugehen. Auch haben die Apotheker bei 30 Mk. Strafe dafür zu sorgen, daß die Toxe nebst deren Nachträgen, welche dem Hauptexemplar der Tage anzuheften sind, in der Offizin zu jedermann's Einsicht bereit liegen. Überschreitungen der Tage und ihrer Nachträge sind mit Geldbuße bis zu 150 Mk. zu belegen. Arznei- und Wundärzte, die von den für ihre Kranken verschriebenen Arzneien einen Rabatt oder andere Vorteile vom Apotheker annehmen, sowie Apotheker, die dergleichen bewilligen, oder mit Arzten oder Wundärzten auf gewisse Prozente, einen Anteil am Gewinne oder unentgeltliche Lieferung von Medikamenten oder anderen Waren kontrahieren, unterliegen einer Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder bei erhebenderen Umständen einer Haftstrafe bis zu vier Wochen. Einer gleichen Strafe unterliegen Apotheker, die solchen Personen, die, ohne Arznei oder Wundärzte zu sein, die Heilfunde betreiben, von den verschriebenen oder entnommenen Arzneien einen Rabatt oder andere Vorteile bewilligen, oder mit Personen der gedachten Art auf gewisse Prozente, einen Anteil am Gewinne oder unentgeltliche Lieferung von Medikamenten oder anderen Waren kontrahieren. — Eine dementsprechende Verordnung ist auch in Bezug auf die tierärztliche Arzneitaxe erlassen worden.

Rauchverbrennung. Dem Bericht der Kommission des Gewerbevereins zu Gera für Beobachtung einschlägiger Mittel zur Bekämpfung der Rauch- und Rauchbelästigung, entnehmen wir folgendes: Die Bauanstalt für Deutsche Poststab-Inbuitre, B. Fröhlich & Comp. zu L.-Neudorf hat ihren ersten Rauch- und Rauchverbrennungsapparat in der Wehlborstens Fabrik in Gera in Thätigkeit gelegt und einer geladenen Versammlung gezeigt.

Der neue Apparat war an den Platz eines Flammrohrkessels angeschlossen. Er besteht in einer automatisch arbeitenden Befüllungsvorrichtung, die hinter dem Feuerberg. Sobald Luft in höherem Maße, z. B. nach Beschädigung des Rostes nötig wird, tritt sie durch Eisenplatten vorgewärmt, an der Feuerbrücke ein, während andererseits das selbstthätige Abstellen der Luftpumpe einen rationellen Verbrauch der Kohle verhindert. Um bei normalem Betriebe den Heizwert der Kohle möglichst auszunutzen, ist außerdem noch ein selbstthätiger Essenschieber angebracht.

Der Apparat arbeitete äußerst zufriedenstellend. Nur beim Auslegen frischer Kohle entstand durch Überlust eine geringe Menge Rauches, der nach Schließung der Feuerstühlen sofort wieder verschwand. Der Vorteug des Apparates zeigte sich besonders auffällig, als durch Schließen der Lüftklappe hinter dem Rost der frühere Heizungszustand hergestellt wurde, bei dem sofort die bekannte, sich lang hinziehende schwarze Rauchwolke dem Schornstein entquoll. Bei dem hier angewandten, außergewöhnlich vorzüglichen Heizen, wie es sich namentlich in Färbereien öfters nötig macht, wäre es selbst dem tüchtigen Helfer der Fabrik unmöglich gewesen, ohne den neuen Apparat den Schornstein rauchfrei zu halten.

Da der Apparat eine bedeutende Ersparnis an Feuerungsmaterial ermöglicht, wird gehofft, daß er sich zum Nutzen der Allgemeinheit sehr bald Eingang in den maschinellen Betrieb verschaffen wird.

Zur Warnung für Eisenbahreisende. Ein höherer sächsischer Postbeamter a. D. löste bei der Rückreise von einem schlesischen Badeort nach der Heimat für seinen 12jährigen Sohn nur eine Kinderjahrkarte. Bei der Fahrkarteneinlösung wurde der Knabe vom Bahnhofschaffner angehalten und es stellte sich heraus, daß der Vater den um die Hälfte billigeren Fahrtausweis wider besserem Wissen gelöst und den prüfenden Beamten wiederholt erklärt hatte, der Knabe sei erst 10 Jahre alt, während dieser sein Alter richtig auf 12 Jahre angab. Die weitere strafrechtliche Verfolgung des Jungen ergab die rechtskräftige Verurteilung des Herrn wegen Betruges zu einer empfindlichen Geldstrafe.

Beurlaubte Militärsachen. Nach den bisherigen Bestimmungen feinen Anspruch auf Portovergünstigung für die an sie gerichteten Postsendungen. In den weitaus meisten Fällen wurde daher auch bei Nachsendung von Brieffsendungen aus der Garnison an beurlaubte Soldaten das tarifmäßige Porto in Ansatz gebracht. Nach einer Entscheidung des Reichspostamts erfolgt indes in Zukunft die Nachsendung portofrei beurlaubter Briefe an solche Militärsachen, die vorübergehend beurlaubt oder bereits aus dem Militärdienste entlassen sind, ohne Portoansatz.

Für Militärsachen. Nach einem gemeinschaftlichen Erlassen der preußischen Minister des Innern und des Krieges sind Militärsachen zur Aushebung heranzuziehen, die nach erfolgter Anmeldung zur Stammliste, aber vor der Mustierung in einen anderen Bezirk verzogen, in dem die Musterung bereits stattgefunden hat.

Mehr Licht forderte gestern in den ersten Abendstunden gar mancher Straßenpassant in Neudorf. Verwundert fragte man sich, ob die Straßenbeleuchtung im ganzen Neudorfer Siedlungshof befindliche Stadtampelkasten standen.

Siedlungshof unterbleiben sollte, weil Mondschein im Kalender steht. Erst etwa 2½ Stunden nach der jetzt üblichen Zeit wurden die Laternen angezündet. Wie wir vernahmen, soll die Verzögerung auf ein Mißverständnis eines Beamten zurückzuführen sein.

Das Verhältnis des Gräubens Bertha Gund, das bei der Entgleisung eines Motorwagens am Markt dadurch schwer verletzt wurde, daß sie zu Falle kam und ihr eine mehrere Pfund schwere Gleisschraube vom hinteren Unterkörper abgerissen wurde, hat sich so verschärft, daß ihr Ableben zu befürchten steht.

Arbeiterrisiko. Am Dienstag vormittag in der gehörten Stunde verunglückte auf einem Neubau an der Ritterstraße ein Arbeiter in der Weise, daß er beim Rolltragen aus der vierten in die erste Etage hinabstürzte und dabei einen Oberschenkelbruch sowie schwere Verletzungen am Kopfe erlitt.

Noch immer unbekannt ist die Persönlichkeit des etwa 35 bis 40 Jahre alten Mannes, der am morgen des 3. Januar im Rosenthaler gehängt aufgefunden wurde. Er ist 1,64 Meter groß und hat rotblonden Schnurrbart. Seine Kleidung war: Schwarzer Mantel, schwarzer Winterüberzieher mit braunem Samttragen, schwarze weiß gestreifte Bartenhose, weißes Vorhosen, schwarze Kravatte, weißes Hemd, rote Gummihosenstrümpfe, grauer, weicher Filzhut. Außerdem trug der Tote eine silberne Zylinderuhr, eine Brille und einen Ring mit weißem Stein. Wer über die Persönlichkeit des Mannes Angaben machen kann, wolle dem Polizeiamt alsbald Mitteilung machen.

In Hafthausen wurde ein 25 Jahre alter Schreiber, der wiederholt Schuhwaren auf dem Weihhaus verkaufte, die er aus einem Schuhgeschäft in Lindenau gestohlen hatte. Der Wert der gestohlenen Sachen beläuft sich auf etwa 70 Mk.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens wurde ein hier wohnhafter 37 Jahre alter Handelsmann aus Wolfsgäßchen verhaftet. Er soll sich der Notzucht schuldig gemacht haben.



Zu der Kolonialausstellung, die mit unserer Industrie- und Gewerbeausstellung verbunden werden soll, berichtet die Ausstellungzeitung: Schon ist ein Beauftragter, der mehrere Jahre lang in Afrika gelebt hat, unterwegs, um Einwohner anzuwerben. Es besteht die Absicht, Vertreter von 5 Stämmen in einer Gesamtzahl von etwa 60 Personen vorzuführen. Die Finanzierung der deutsch-ostafrikanischen Ausstellung haben die beiden hiesigen Banken H. C. Plaut und Becker u. Co. übernommen.

Warnung vor Nachbildung. Es sei darauf hingewiesen, daß alle auf unserer Ausstellung bezüglichen Zeichnungen, Entwürfe u. s. w. ausschließlich Eigentum des geschäftsführenden Ausschusses sind. Auch die von den Architekten der Ausstellung herkommenden bildnerischen Darstellungen sind nach Vereinbarung mit dem geschäftsführenden Ausschuß Eigentum des letzteren. Die Ausstellungzeitung warnt deshalb vor Nachbildungen jeder Art und bemerkt, daß in jedem Falle, wo diese Warnung nicht beachtet werden sollte, unverzüglich gerichtliches Eingreifen erfolgen wird. Erst vor kurzem konnte sich ein hiesiger Geschäftsmann einer gerichtlichen Abhandlung wegen unerlaubter Nachbildung nur dadurch entziehen, daß er sämtliche Vorbereitungen aufgab, indem er die schon fertigen Platten z. rechtzeitig vernichtete.

Als offizielles Ausstellungsbüro hat der Festausschuß die nicht nur in Leipzig bekannte Kapelle von Winterstein für die ganze Dauer der Ausstellung bestellt. Außer dem offiziellen Ausstellungsbüro werden noch andere Musikkapellen auf dem Ausstellungsspiele konzertieren.

Engelsdorf. Ein frecher Diebstahl wurde hier am Montag bei dem Milchhändler Winter ausgeführt. Er war mit seiner Frau nach Leipzig gefahren, um seinem Geschäft nachzugehen, als ein noch junges Frauenzimmer in die Wohnung kam, wo nur die Kinder anwesend waren. Sie gab an, von der Mutter der Kinder geschickt zu sein und sah sich recht eingehend in dem Wohnraume um. Als sie an der Kommode den Schlüssel stecken sah, wühlte sie zwei Fächer derselben durch, nahm einen Ring an sich, den sie aber später in der Wohnung wieder hinauswarf. Hierauf ging sie nach der Schlafrimmer, wo sie aus einem Wandschränke 8 Mk. und aus der Sparschale der Kinder 4 Mk. nahm. Dann entfernte sie sich schleunigst. Bis jetzt fehlt jede Spur von der Diebin. Ihr scheint bekannt gewesen zu sein, daß Winter zur Zeit sein Dienstmädchen hat, sonst hätte sie wohl kaum gewagt, am hellen Tage bei den Kindern einzudringen und den Diebstahl auszuführen.

Soziale Rundschau.

Mannheim, 5. Januar. Eine Versammlung von 200 Arbeitslosen forderte in einer Resolution, die Stadtverwaltung solle die Notstandarbeiten beginnen lassen.

Hamburg. Die Firma J. A. G. Tieck in Ottensen hat auf die Forderungen ihrer ausständigen Schuhmacher, Zwicker, Steppinner u. c. ausweichend geantwortet. Der Streik dauert deshalb unverändert fort.

Melbourne (Australien), 5. Januar. In Sydney ist seit dieser Woche eine Zusammenkunft zwischen den Schiffseigentümern und den ausständigen Maschinisten vereinbart worden. Eine Beilegung des Streiks wird mit Bestimmtheit erwartet.

Von Nah und Fern.

Mordversuch.

Berlin, 6. Januar. Heute Nacht lauerte der 40 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Grunow vor dem Hause Adolfstraße 8 seiner Witwe, der verehelichten Bertha Diering, geb. Böß, auf, verletzte sie lebensgefährlich durch einen Messerstich in die Brust und ergriff hierauf die Flucht. Die Frau wurde nach ihrer Wohnung gebracht. Mordstreuigkeiten sollen die Veranlassung zur That sein.

Ein "Chremann".

Glogau, 6. Januar. Der seit dreiviertel Jahren in Unter-

Beuthen i. Oberfsl. wurde heute von der hiesigen Strafkammer wegen Unterschlagung amtlicher Gelder und Bücherschärfungen zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Chorverlust verurteilt.

Fabrikbrand.

Breslau, 6. Januar. Die große Zuckerfabrik von Moll und Compagnie in Gröbel bei Löwen ist in der vergangenen Nacht total niedergebrannt.

Mord und Selbstmord.

Nensalz i. Scht. 6. Januar. Der Barbiergehilfe Max Kausch erschoss seine Geliebte, die Kellnerin Auguste Günther, rückte dann die Waffe gegen sich selbst und brachte sich eine schwere Wunde bei, so dass keine Aussicht vorhanden ist, ihn am Leben zu erhalten.

Störung des Telefonverkehrs.

Bochum, 6. Januar. Infolge des starken Frostes ist die Telephonlinie von Bochum zum Hörner Bezirk in der vorigen Nacht zusammengebrochen. Der Betrieb ist auf längere Zeit gestört.

Blutiges Ende einer Hochzeit. — Im Kaffeehaus verloren.

Gütersloh, 6. Januar. Ein blutiges Ende fand in der verschlossenen Nacht die Hochzeitsfeier des Werdemachermeisters Nikolaus Heinz. Dieser hatte auch seinen Gefellen Alz geladen, der sich nach reichlichem Genuss verschiedener Getränke den wölblichen Hochzeitsgästen gegenüber äußerst ungebührlich benahm. Erbost darüber, griff Heinz nach einer Bierflasche und warf diese dem Alz, der auf einem Auge erblindet ist, mit solcher Wucht an den Kopf, dass ein Schädelbruch erfolgte und das gefundne Auge auslief. Wenn Alz mit dem Leben davonkommt, was fraglich ist, wird er völlig erblindet sein. Heinz wurde noch im Laufe der Nacht in Haft genommen.

Der Arbeiter Fr. Sandweg hatte sich in der Nacht auf dem Heimwege verirrt und war auf einen Kaffeehaus geraten, wo er einschlief und durch giftige Gase zu Tode kam. Um anderen Morgen wurde er halb verloren aufgefunden.

Keine Beamte.

Wesel, 6. Januar. Wegen erheblicher Amtsüberschreitungen, die sie sich in traurigem Zustande während der Sylvesternacht haben zu Schulden kommen lassen, sind hier drei Nachtdienstleute sofort aus ihrer Stellung entlassen worden. Die Angelegenheit wird außerdem noch ein gerichtliches Nachspiel haben,

Beck.

München, 5. Januar. Sergeant Beck, bekannt durch den unglaublichen Auftritt im Pöhlberg, wo er die herbeigeholte Wache auf die im Gastzimmer Verfammelten schießen lassen wollte, wurde zum Gefangenenaufseher am Landgerichtsgesangnisse München II ernannt.

Gegen der Militärwärterei!

Brandungsfeld.

Erlangen, 6. Januar. Hier brannte in vergangener Nacht das Anwesen des Kaufmanns Herzog nieder. Herzog kam in den Flammen um, seine Frau und drei Kinder wurden schwer, zwei weitere Kinder leicht verletzt.

Mordmordversuch.

Morlingen, 6. Januar. Gestern abend wurde gegen eine Lehrerin auf dem Wege nach dem Bahnhofe ein unwillkührlicher Anschlag und ein Mordmordversuch verübt. Die Überfallene ist durch sechs Messerstiche lebensgefährlich verletzt worden. Der Thäter entlaufen.

Hotelbrand.

Budapest, 6. Januar. Das Kronenhotel hierzulb ist durch eine große Feuerbrunst, der auch noch mehrere Nachbarhäuser mit zum Opfer fielen, eingehäuft worden. Der Kommandant der Feuerwehr wurde dabei von einem stürzenden Balken erschlagen, mehrere Feuerwehrleute kamen in den Flammen um, und eine ganze Anzahl Soldaten des zu den Löscharbeiten kommandierten Militärs erlitten schwere Verletzungen.

Kesselfrzlosion.

Paris, 4. Januar. Die aus Toulon eingetroffene Post meldet, dass auf dem Paketboot Saghalien auf der Fahrt nach Saigon am 30. November v. J. durch eine Kesselfrzlosion dreizehn arabische Heizer getötet worden seien.

Schiffuntergang.

Brest, 6. Januar. Ein belgischer Dampfer, der sich mit einer Ladung Phosphat auf der Fahrt von Antwerpen nach Bayonne befand, ist an den Täte de Chat-Felsen gescheitert. Von der 18 Personen betragenden Mannschaft sind 8 gerettet, die übrigen ertrunken.

Mord und Selbstmord aus Eifersucht.

Nom, 6. Januar. Schon wieder war Nom und zwar das elegante Fremdenquartier am Spanischen Platz der Schauplatz einer blutigen Eifersuchtscene. Ein um Mitternacht heimkehrender reicher sizilianischer Grundbesitzer Namens Platamone überzogte seine Maitresse auf handfester That beim Stofftheater mit einem jungen Russen. Während der Russen unbekleidet entfloß, erschoss der Sicilianer seine Geliebte und darauf sich selbst.

Räuberischer Überfall.

Sevilla, 4. Januar. Eine Räuberbande führte bei Noda die Entgleisung der Maschine eines Eisenbahngütes herbei, der einen Geldtransport enthielt. Es gelang den Beamten des Auges, die Räuber, die den Zug plünderten wollten, in die Flucht zu schlagen.

Kirchenbrand.

Cattaro (Dalmatien), 6. Januar. In der hiesigen griechischen Kathedrale ist ein Feuer ausgebrochen, durch das die Kirche und die benachbarte Artilleriekaserne vollständig eingeschossen wurden. Der an der Kirche verursachte Schaden wird auf 100 000 Gulden geschätzt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Kretisches.

Athen, 5. Januar. Vergangenen Sonntag feuereten umwelt Kamea auf der Landstraße nach Suda Mamelükken aus einem Hinterhalt auf eine Anzahl Christen. Bei dem sich entwidenden Scharmütze wurden ein Christ und zwei Türen verwundet. In anderen Orten hatten die Mamelükken gleichzeitig zwei Christen getötet, während eine dritte Bande einige Christen, die aus Kamea nach Suda Del brachten, zu überfallen versuchte.

Kloster in Flammen. Montreal (Kanada), 6. Januar. In dem Ursulinerinnenkloster bei Gravelot am St. Johns-See (Provinz Quebec) brach heute infolge einer Lampenexplosion Feuer aus, bei dem sieben Ursulinerinnen verbrannten. Das Kloster und das Schulgebäude wurden zerstört.

Die Pest.

Bombay, 5. Januar. In Karachai nimmt die Pest einen äußerst heftigen Charakter an. Die Verwirrung in Bombay wächst. Die Mühlen werden mangels Arbeit geschlossen.

Der Generalarzt Cleggorn hat sich im Auftrage der indischen Regierung nach Bombay begeben, um über die Ausdehnung der Pest Bericht zu erstatten.

Die Flucht der eingeborenen Bevölkerung, einschließlich der Arbeiter und deren Familien, dauert fort. Die Flüchtlinge begaben sich auf das Land, wo bereits großer Mangel an Lebensmitteln herrscht. Bis jetzt haben etwa 325 000 Einwohner die Stadt verlassen.

Telegraphische Depeschen.

Private Telegramme der Leipziger Volkszeitung.

Von der Waterkant.

m. Hamburg, 7. Januar 11 Uhr 58 Minuten vorm. Viele Arbeitgeber versuchen, ihr altes Personal zu den günstigsten Wohnbedingungen zu engagieren.

Stumm, der König von Saarabien, ist mehrfach hier gewesen. Er wollte den Arbeitgeberverband schwärf machen. Staatssekretär v. Voetticher empfahl, wie man hört, dem Abeder Ballin, auf die Presse einzuwirken, sie solle über den Streik schweigen, damit das Publikum für die streikenden die Sympathie verliere. Das wäre ja ein echt „sozialpolitischer“ Vorschlag des „Ministers für Sozialreform“. Die Justizentlastung des Sichtstellen ist aber unmöglich.

Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Wien, 7. Januar. Gegenüber der vom Bund der Landwirte in Deutschland verlangten sofortigen zeitweisen Sperrung gegen die Kindereinjahr aus Österreich-Ungarn, welche mit der Bebauung begründet wird, Österreich sei generell versehnt, verweist das offizielle Fremdenblatt in formeller Rücksicht auf den Wortlaut der deutsch-österreichischen Viehschnecken-Ubereinkunft, der nur von teilweise auf das Kronland oder dessen Teile bezv. auf das Komitat anzuwendenden Sperrmaßregeln spricht. Zur Sache selbst bemerkt das Blatt, dass die Zunahme der Schenkenfälle in Österreich nur eine scheinbare sei, indem sich die Zahl nicht gesteigert habe, wohl aber infolge des besseren Funktionierens der Veterinär-Polizei-Vorschriften jetzt jeder Fall ausnahmslos angezeigt werde. Wenn in den nordöstlichen Kronländern eine thatsächliche Zunahme der Schenkenfälle vorkomme, so hänge dies mit der Aufzehrung der Schleichungs-Anstalten zusammen. Wenn diese in neuer verbessert Anlage wieder errichtet seien, würde auch in Galizien die Verbesserung wieder sehr erheblich zurückgehen.

Quittung.

Für den Hamburger Streit gingen ein:

Als jetzt eingegangen Mr. 4191.02. Dr. H. S. —. Dom Kriegerball in Weißig 4.75. C. V., Gauch 12.50. Stativine von sieben Gevattern, Windorf 2.10. Siege Hessenfest, Neustadt 1.10. Von gedienten Untervögeln, J. G. Scheller u. Glecke 2.—. Note Billardspieler, Salzmeze, Wahren 1.10. Stammgäste in der Fremdenküche, durch einen Handwerksbürger bei Schöder 1.50. Die Stillvergnügten bei der Kindtaufe in Großschoch 1.50. Das runtergefallene Geld im goldenen Krug, Großschoch 2.23. Hanne, Stötterig 5.—. Frete Turner, Kleinschöcher 5.—. Drengler bei Haupt 5.20. Den Storch bestellen 1.50. Statthalde fidele 2.10. G. S. 1.—. Sylvesterfeiertag, Fidelio, Blaumühle, Erdmannstraße 3 2.50. Heizer 3.—. Christbeschermung überbrückt der 6. Turnerabteilung 6.—. alte Bande, 6. Turnerabteilung, Billardspiel 5.—. Der Weiche durch E. 1.—. Durch Peper in der Morgenröte, v. Alten W. 3.—. A. S. 1.—. Verwaltung der Central-Tischlerkraenkasse, Filiale Lindenau 17.—. Summa: Mart 4269.97.

Die Expedition.

Für die Hamburger Streitenden gingen beim Gewerkschafts-Kartell am 5. Januar folgende Beiträge ein:

Zigarrensortierer durch St. (Liste 579a) Mr. 6.50. Speditionsarbeiter durch V. (Liste 402a, verloren): 3.60, 490a; —. 95, 480a; 5.10, 491a; 5.10, 488a; —. 90) 15.65. Nische Kunstanstalt, Graevenre 15. —. Deutscher Wohlfahrts-Ritterbauer d. St. 3. Rate (Liste 254a) 4.50. Personal v. Numrich u. Co. u. einige Freunde d. L. (Liste 448b) 23.05. Arbeiter, Mendius, durch Heine (Liste 247a) 9.90, 248a, Berliner Straße 24 d. M. 3. Rate: 10.10, 249a, Dötz u. Lüsing, 2. Rate: 8.65) 28.05. Arbeiter, Weisen, durch Orbel (Liste 818, former bei M. u. W. 4. Rate: 16.05, 815; 9.45, 957a; 6.25, 826; 4.75, 820; 11.05) 57.55. Lagerhalter, Osten, durch Vorberger (Liste 446b) 15.50. Buchbindereimärkte, 1.—. Baujahr, Weisen (Liste 509b) 5.85. Schleuder d. H. Oefslmann (Liste 407b) 12.—. Schraps auf der Hochzeit, Torgau 1.25. Dachdecker durch G. Nicolaus 20.—.

Am 6. Januar gingen ein:

Schnelder H. (Liste 435b) 4.80. St. G. 3.—. A. S. 5. Rate (Liste 489a) 4.68. Döschlegel (Liste 489b) 7.85. Arbeiter, Norden, durch Müller (Liste 18b; 13.—, 14b, Luckers Neubau, Wahren 10.90, 28.90. Fidele Billardspieler bei Krotisch, Münchener Str. 6.—. Durch Holzarbeiter (Liste 104b; 6.75, 464; 6.—, 204a; 2.60, 105b; 1.40, 111b; 6.50) 23.25.

Berichtigung.

In der Quittung vom 31. Dezember 1896 muss es heißen: Liste 488d 5.—.

Leipzig, 7. Januar 1897. H. Höyer, Kassierer.

Versammlungskalender.

Donnerstag: Radfahrverein drift auf, Vereinslokal, Lindenau, Hermannstraße 8. Abends halb 9 Uhr. T. O. 1. Jahresjahrzeit Abrechnung. 2. Bericht vom Winterfest und Programmtheat. Evangelischer Arbeiterverein, Elberfeld, Wassenberger Straße, Abends 9 Uhr. Vortrag: Die landarbeiternden Künste des mittelalterlichen Großherzogtums. Referent: Dr. phil. K. K. 1897.

Briefkasten der Redaktion.

Fr. Langrock, hier. Die Angelegenheit Frau Gnandt-Kühne-Soden ist von uns sofort nach der famosen „Verjährigung“ dieser Dame endgültig und gründlich erledigt worden. (V. Wolfgang, vom 30. November.) Frau Gnandt-Kühne hat auf diese von uns gegebene aternmäßige Aufdeckung ihrer mit leichter Hand ausgestreuten objektiven Unwahrheiten nichts mehr einwenden können, und auch das Raummanische Organ, das ihr vorher so eifrig feindhaft war, schwieg. Das inhaltlose Webschreibsel, womit postfestum die sonst so streitige Dame in der Buchdrucker-Zeitung nachhinkt, ist für uns ohne jeden

Wert, und es erfüllt sich deshalb auch für die Leipzig Volkszeitung sich mit der Erfahrung des Herrn Sillier vom 2. Januar zu beschäftigen.

H. M. Lindenau. Wird verschieden gespielt. In der Regel braucht der Spieler überhaupt keinen Trumpf aufzuwiesen, wohl aber der Kartengedächtnis, wenn er, falls niemand spielt, den Stamm einzieht will.

A. B. Pannsdorf. Wendeln Sie sich an den Vertrauensmann des Oberbezirkes. 2. Die Aufnahme Ihres Eingeschickten ist aus taktilen Gründen von uns abgelehnt worden.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Festtag: Speiseanstalt I (Johanniskirch): Milchreis mit Butter und Brot. Speiseanstalt II (Molenhüttengasse): Milchreis mit Butter und Brot.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Donnerstag den 7. Januar: 6. Abend, Vorstellung (2. Serie, rot).

Aufführung: Anna's Traum.

Buffettspiel in 8 Akten von Adolf L'Arronge.

Regie: Regisseur Hänsler.

Philip Wissopl, Schreiber Guislav, seine Frau in zweiter Ehe Guislav, Schlossmaschinist, Wissopl's Sohn und erster Ehe Eue.

Mr. Ernst Müller.

Anna, Therese's Tochter aus erster Ehe Kommerzienrat Lombach Anton, dessen Sohn Schwammingen, Student der Medizin Polizei-Hilfer Geschworener Möddelin Tiedemann, Hauswirt Hollbaum, bei Lambeck angestellt ein Brüderling.

Ort der Handlung: Berlin.

Noch dem 2. Akt findet eine längere Pause statt.

Einfahrt 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 1/2 10 Uhr. Schausp. Preise.

Willet-Berthau an der Tagessage von 10 (Sonnt. u. Feiertags von 10/11) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Kino- und 1/2 10 Uhr) von 1—3 Uhr. Spielplan: Freitag: Zum erstenmal: Ulzandra. Drama in 1. Akt von Carmen Sylva. Hierzu: Ohne Liebe. Zum Schluß: Nea einstudiert: Der Diener zweier Herren. Buffettspiel in 2 Akten von Goldini. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Das Schwert des Damokles. Hierzu: Der Mäurer und der Schlosser. Zum Schluß: Zauberball aus Aladdin. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Donnerstag den 7. Januar:

Robert und Bertram, die lustigen vagabunden.

Große Probe mit Sang und Tanz in 4 Aufführungen von G. Rüder.

Regie: Regisseur Brost. — Direktion: Kostümdirektor Meyer.

1. Aufführung: Die Befreiung. — 2. Aufführung: Auf der Hochzeit.

3. Aufführung: Solree u. Mastenball. — 4. Aufführung: Das Volkstheater.

Globert } Arzneianen. Dr. Grand.

Germann } Arzneianen. Dr. Seale.

Strambaa, Gefangenwärter, Anwalt. Dr. Probst.

Michel, sein W. sse, ein Kauernourjache Dr. Helene.

Ein Korporal Dr. Stiel.

E